



17. Stadtratsprotokoll / 17^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 18. Dezember 2019, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 18 décembre 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Gerber Andreas, Rebetez Maurice, Scherrer Martin, Wächter Olivier

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

208. Genehmigung der Traktandenliste	705
209. Mitteilungen Stadtratsbüro	705
• Abrechnung in der Kompetenz der GPK	705
210. 20190110 Ersatzwahl in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB).....	706
211. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (GPK)	706
212. 20150214 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Biel im Bereich «Wildermethmatte» / Botschaft.....	707
• Botschaft.....	714
• Ordnungsantrag.....	716
213. 20190356 Erneuerung von zwei Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern (Wohnbaugenossenschaft «Solidarität» und Baugenossenschaft «Friedheim»)	717
214. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190454, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Levin Koller, JUSO «AGGLOlac: Wie stellt der Gemeinderat eine faire Abstimmungs-kampagne sicher?»	720
215. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190453, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO «Hat die Projektgesellschaft die Forderung des Bieler Stadtrates umgesetzt?»	720
216. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20190452, Peter Bohnenblust, FDP, Thomas Strässler, FDP, Maurice Paronitti PRR, Reto Gugger, BDP, Fred Schor, EDU, Thomas Brunner, EVP, Titus Sprenger, Passerelle, Sandra Gurtner-Oesch, GLP «Sportkomplex Bözingenfeld: Verlangt wird übliches Verfahren für Projektierung» und der überparteilichen Interpellation 20190455, Peter Bohnenblust, FDP, Thomas Strässler, FDP, Maurice Paronitti, PRR, Reto Gugger, BDP, Fred Schor, EDU, Thomas Brunner, EVP, Titus Sprenger, Passerelle, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Projekt Sportkomplex Bözingenmoos: Offene Fragen»	720
212. 20150214 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Biel im Bereich «Wildermethmatte» / Botschaft (Fortsetzung).....	721
• Ordnungsantrag.....	721
217. 20180403 Einführung Betreuungsgutscheine in der Stadt Biel / Reglement / Wiederkehrende Ausgabe.....	721
• Ordnungsantrag.....	731
218. 20180038 Neumarktstrasse / Erneuerung der Brücke über den Schüsskanal / Verpflichtungskredit	734
219. 20190361 Neumarktstrasse (Oberer Quai Süd – Alexander-Schöni-Strasse) / Werkleitungserneuerungen und Strassengestaltung / Verpflichtungskredit	734
220. 20190363 Neumarktstrasse / Gesamterneuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung mit dem oberen Quai / Verpflichtungskredit.....	734
• Ordnungsantrag.....	740
• Ordnungsantrag.....	740

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung. Traktandiert sind Geschäfte mit Botschaft, die wir unbedingt heute fertig beraten müssen. Ich bitte Sie daher um Disziplin.

Auf Ihren Tischen finden Sie die Anträge der Fraktion Einfach libres! und der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zum Geschäft 20150214 «Erlass einer Planungszone im Gebiet Jurastrasse / Wildermethmatte / Bubenbergstrasse», ausserdem die Anträge der GPK sowie Dana Augsburg-Brom und Peter Heiniger zum «Projekt Kita 2020 / Einführung der Betreuungsgutscheine in der Stadt Biel / Reglement» (20180403).

Herr Külling hat den Kalender 2020 des Berner Heimatschutzes verteilt.

Ich habe eine Liste zu den Anträgen zur Revision der Stadtordnung (RSO) erstellt. An der nächsten Konferenz der Fraktionspräsidien am 20. Januar 2020 wird das weitere Vorgehen dazu diskutiert.

Aufgrund der neu mittels der elektronischen Dokumentenverwaltung erstellten Traktandenliste stimmt leider die Reihenfolge der zu behandelnden parlamentarischen Vorstösse nicht. Ich bitte Sie, diesen Fehler zu entschuldigen. Da zahlreiche Vorstösse verschoben wurden, werden diese in der Sitzung im Januar 2020 abgearbeitet. Die RSO wird dann in der Sitzung im Februar fortgeführt. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

208. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich schlage vor die Ersatzwahl in die GPK für den zurücktretenden Martin Scherrer anschliessend an die Ersatzwahl in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB) durchzuführen. Die Vorstösse der heute abwesenden Susanne Clauss werden verschoben und morgen behandelt.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen stillschweigend genehmigt.

209. Mitteilungen Stadtratsbüro

Abrechnung in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin:

Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 12. Dezember 2019 die Abrechnung des Verpflichtungskredits 20110291 «Sanierung und Erweiterung Kulturgüterschutzarchiv Battenberg» der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt.**

210. 20190110 Ersatzwahl in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Für den zurückgetretenen André de Montmollin ist Pascal Oberholzer vorgeschlagen.

Gonzalez Glenda, PSR: Nous avons ce soir à nous prononcer sur la candidature de Pascal Oberholzer qui est le candidat du PSR. Pour rappel, le CAF est composé de 18 membres, dont 9 membres de la droite et 9 membres de la gauche. La vice-présidence est depuis six ans de droite et la présidence de gauche. Il nous semblait donc légitime de repourvoir ce siège au sein du PSR. Pascal Oberholzer est quelqu'un de profondément biennois, francophone et francophile, évidemment et très engagé sur la question des francophones et de la défense de cette langue dans notre belle Ville. Son parcours d'enseignant le sensibilise également à la diversité de la population et il est aussi très engagé dans les questions culturelles. Nous vous recommandons donc de vous prononcer en sa faveur et de soutenir sa candidature au CAF.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion PSR wird gewählt

Pascal Oberholzer (PSR)

211. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen schlägt für den zurückgetretenen Martin Scherrer Joël Zumstein vor.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Er ist zwar noch nicht da, ich nutze aber trotzdem die Gelegenheit, Martin Scherrer für seine langjährige und sehr gute Arbeit in der GPK zu danken. Er hat seinen Rücktritt aus der GPK letzte Woche bekannt gegeben. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen freut sich sehr, einen guten Nachfolger für Martin Scherrer zur Wahl vorzuschlagen. Joël Zumstein ist seit gut zwei Jahren Mitglied im Stadtrat und hat besonders in Finanzfragen auf sich und seine Kompetenzen aufmerksam gemacht. Joël Zumstein war nach seiner erfolgreichen Ausbildung einige Jahre im Bereich der Unternehmensberatung tätig. Unter anderem hatte er sich dort auch mit dem öffentlichen Beschaffungswesen auseinandergesetzt. Zurzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Statistik und macht ein berufsbegleitendes Betriebswirtschaftsstudium, das er im Jahr 2020 abschliessen wird. Joël Zumstein ist sehr engagiert und arbeitet gut in einem Team. Er bringt die notwendigen Kompetenzen für die GPK mit. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen empfiehlt ihn deshalb zur Wahl.

Frank Lena, GPK: Auch ich möchte, obwohl er nicht da ist, einige Worte zu Martin Scherrer sagen. Er war gleich lang in der GPK wie ich Mitglied im Stadtrat bin. Während den letzten 7 Jahren gab es zahlreiche Geschäfte zu behandeln. Es waren bewegte Jahre mit viel Arbeit für die GPK. Martin Scherrer war sich seiner Verantwortung als GPK-Mitglied immer bewusst. Seine Tätigkeit hat er stets gewissenhaft und sachlich ausgeübt. Für die Aufgaben in der GPK sind diese Eigenschaften elementar. Zuletzt

hat er die GPK auch noch präsidiert. Seinen Rücktritt bedauern die GPK-Mitglieder sehr. Mit ihm verlieren wir sehr viel Know-how. Joël Zumstein wünschen wir, sollte er gewählt werden, viel Erfolg und Spass im Amt.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird gewählt

Joël Zumstein (SVP)

212. 20150214 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Biel im Bereich «Wildermethmatte» / Botschaft

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Gesetzesentwurf ab und beraten anschliessend die Botschaft.

Frank Lena, GPK: Das vorliegende Geschäft hat zwei Ziele: Einerseits soll die Wildermethmatte im Herzen der Stadt aufgewertet werden, andererseits soll die Baudichte der Baufelder in Nachbarschaft der Wildermethmatte neu organisiert und punktuell erhöht werden.

Durch die neue baurechtliche Grundordnung wird der Weg für die künftige Überbauung geebnet. Die heute bestehenden Besitzstände werden gewährleistet. Der Perimeter verfügt unbestritten über viel Potential für eine Umgestaltung. Dies bestätigt auch die städtebauliche Studie, die im Winter 2015/2016 durchgeführt wurde. Um diese beiden Ziele zu erreichen, ist eine Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung notwendig. Das vorliegende Geschäft unterliegt einem ordentlichen Planungsverfahren. Dementsprechend wurde ein öffentliches Informations- und Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Nach seiner Vorprüfung gab der Kanton im Sommer 2018 grünes Licht. Nach der öffentlichen Auflage sind bis heute zwei Einsprachen hängig. Die GPK hat das vorliegende Geschäft eingehend geprüft, keine Auffälligkeiten festgestellt und stimmt somit dem Geschäft einstimmig zu.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat das vorliegende Geschäft kontrovers diskutiert und sich schlussendlich auf Stimmfreigabe geeinigt. Ich führe kurz die wichtigsten Punkte, sowohl pro als auch kontra aus.

Grundsätzlich ist das Vorhaben, das östliche Tor zur Innenstadt aufzuwerten, zu begrüssen. Kritisiert wird hauptsächlich der formelle Prozessablauf. Insbesondere fällt der Umgang mit den Einsprachen auf. Einerseits werden sie im Bericht des Gemeinderats erwähnt, andererseits hinterlässt die allfällige Annahme des Entwurfs im Stadtrat den Eindruck, dass damit Druck auf die Einsprechenden ausgeübt werden soll. Ausserdem werden mit diesem Projekt gleichzeitig Oberflächenparkplätze aufgehoben. Nach Auffassung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen besteht aber bereits heute ein zu knappes Angebot an Parkplätzen in der Stadt. Mit dem Reglement sollen Möglichkeiten für verdichtetes Bauen im betreffenden Perimeter geschaffen werden, was die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sehr begrüsst. Die Göuffistrasse soll zurückgestuft und künftig als Sammelstrasse betrieben werden. Im Hinblick auf die

aktuelle Verkehrspolitik ist diese Absicht kritisch zu hinterfragen. Künstlich die Kapazitäten einzuschränken ist weder im Sinn der Autofahrenden noch der Bieler Bevölkerung. Solange der A5-Westast nicht realisiert ist, sind derartige Einschränkungen unbedingt zu vermeiden. Aus diesem Grund wurde von Sandra Schneider der Vorstoss 20190421 «Moratorium von verkehrsflankierenden Massnahmen bis der Westast realisiert wird» eingereicht. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen gibt aus den soeben dargelegten Gründen keine Abstimmungsempfehlung ab.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Im Moment hat die Wildermethmatte ein bisschen von allem, ein wenig Kinderzone, ein wenig Grünfläche, ein paar Parkplätze und sogar eine Hundeverläuferanlage. Sie ist aber eines nicht: Eine Grünfläche mit Aufenthaltsqualität oder ein Park. Zu einem Park gehört die Einbettung in das Gesamtgefüge. Dadurch wird er Teil des urbanen Lebens. Die Häuser um die Wildermethmatte sind ebenfalls ein wenig von allem. Es hat ein modernes Parkhaus, eine Jugendstilvilla entlang der Juravorstadt, eine Garage im Bauhausstil. Alles wunderschöne Gebäude aber alle irgendwie zufällig und verstreut.

Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das Anliegen des Gemeinderats, die Gebäude miteinander in Einklang zu bringen, ohne den Charakter des Einzelnen zu gefährden. Die Fraktion SP/JUSO steht hinter dem vorliegenden Geschäft, bleibt dabei aber skeptisch, ob sich die Vision wirklich umsetzen lässt. Viele der betroffenen Grundstücke sind in Privatbesitz. Letztendlich ist es den Eigentümern überlassen, ob und wie sie bauen. Einzig im Bereich der markanten Gebäude neben dem Altstadtparking wird eine Zone mit Planungspflicht erlassen und zwingend ein Architekturwettbewerb vorgeschrieben.

Wir von der Fraktion SP/JUSO sind uns bewusst, dass es sich beim vorliegenden Geschäft lediglich um eine baurechtliche Grundordnung handelt und die konkreten Schritte zum Teil vermutlich noch in weiter Ferne liegen. Trotzdem ist es unser Anliegen, diesen Park aufzuwerten und damit der Bevölkerung im Gegensatz zu heute einen Mehrwert zu schenken. Das Gelände mit der kleinen Schuss hat durchaus Potential. Wir wünschen uns auch, dass in diesem Bereich Platz für den Langsamverkehr geschaffen wird. Die Führung des heutigen Velowegs steht in Konflikt mit den parkierenden AutofahrerInnen. Im Jahresbericht der Parkhausbetreiberin steht jedes Jahr, dass das Altstadtparking nicht ausgelastet ist. Die Aufhebung der Oberflächenparkplätze ist also kein Drama. Die Fraktion SP/JUSO ist gespannt auf die Zukunft des Projekts und stimmt dem vorliegenden Entwurf zu.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Je ne veux pas m'étendre longuement sur ce sujet. C'est un projet très complet et bien fourni. Je remercie d'ailleurs le Conseil municipal pour son rapport. Le Groupe PRR partage l'avis qu'il faut modifier la réglementation fondamentale en matière de construction dans le secteur Pré Wildermeth, surtout pour respecter le legs de la famille Wildermeth, qui a voulu dédier ce parc à la jeunesse. Le pumtrack qui se trouve sur le Pré Wildermeth a été réalisé pour les jeunes. L'école enfantine provisoire entre aussi dans cette notion d'aide à la jeunesse, mais pas nécessairement les parkings. Notre groupe soutient donc ce changement afin de mieux protéger ce parc.

Concernant la densification, c'est dans l'air du temps et c'est ce qui se construit en Ville de Bienne, aujourd'hui. Effectivement, notre groupe partage les interrogations sur la volonté des propriétaires privés de construire une tour de huit étages. Je ne sais pas

si le propriétaire actuel de cette parcelle est intéressé à cette construction mais, à l'avenir, grâce à la modification partielle de la réglementation fondamentale en matière de construction, il pourra réaliser un tel projet s'il le souhaite.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt das vorliegende Geschäft. Sie begrüsst die Begrünung der Wildermethmatte und die Rückführung in einen Park. Aus Sicht der Fraktion FDP ist das geplante achtstöckige Gebäude in exponierter Lage am Heilmannplatz nicht unbedingt zwingend erforderlich. Der Architekturwettbewerb wird zeigen, wie gut diese Lösung ist. Die Fraktion FDP interessiert, wo der Ersatz für die aufgehobenen Parkplätze vorgesehen ist.

Stocker Julien, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ begrüsst die Aufwertung der Wildermethmatte. Der ganze Bereich hat grossen Bedarf an Umgestaltung. Besonders gefällt der Sektor Park, wo ein offenes und grosszügiges Naherholungsgebiet entstehen soll. Die Fraktion GLP+ hofft auf eine ebenso grüne Gestaltung wie auf dem Plan eingezeichnet. In Zeiten des Klimawandels, aber auch für Biodiversität sowie Naherholung sind grüne Inseln in der Stadt zwingend notwendig. Da die Wildermethmatte jedoch an der stark befahrenen Heilmannstrasse liegt, hat die Fraktion GLP+ bedenken, wie erholsam der Park wird. Wir erhoffen uns deshalb eine abschirmende, lärmabweisende Lösung, wie beispielsweise diejenige am Oberen Quai beim Stadtpark. Ein weiterer Wunsch wäre die naturnahe Gestaltung der kleinen Schüss entlang der Wildermethmatte mit einem Spielplatz. Die Fraktion GLP+ empfiehlt den vorliegenden Entwurf zur Annahme.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a longuement discuté du rapport et en remercie le Conseil municipal. Il est prévu de mettre en valeur le potentiel de zones à bâtir et de garantir la fonction de zone verte du Pré Wildermeth. Ce parc est ainsi reconnu en tant que zone d'utilité publique, qui offre un lieu de détente ouvert à tous et qui constitue un élément de type climatique important. Les prévisions au niveau de la construction proposent de conserver ou de protéger certains bâtiments et de permettre la construction d'autres bâtiments, marquant de façon claire l'entrée en ville. Cette planification nécessite une modification partielle de la réglementation fondamentale en matière de construction. Toutefois, le Groupe PSR se permet de faire quelques remarques:

- Le pumptrack du Pré Wildermeth va-t-il rester? Si tel n'est pas le cas, où sera-t-il installé?
- Plusieurs plans reçus montrent une mise au jour de la rive de la Suze, au nord du Pré Wildermeth, mais aussi à la rue des Tanneurs (annexe 2, «Place Heilmann»). Qu'en est-il exactement? Ce sujet avait déjà alimenté de vives discussions au Conseil de ville. J'ai une pensée émue pour notre camarade Hervé Treu, dont c'était un des chevaux de bataille.
- Est-il judicieux de prévoir une construction de huit étages à l'angle rue du Jura - rue A. Göuffi?
- Est-il judicieux de prévoir la construction de tant d'appartements?
- Les bâtiments prévus cacheront la Vieille ville. Quelle en est l'idée?
- Un concours d'architecture est prévu quant au style. Mais est-ce ainsi que le Conseil municipal propose de mettre la Vieille ville en valeur?

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Dokumentation. Die Fraktion Einfach libres! ist nicht gegen ein qualifiziertes Verfahren und auch nicht gegen die Aufwertung von Grünflächen. Die

Vorlage hat aber leider ein paar Widerhaken und diesen können wir nicht zustimmen. Es geht grundsätzlich um drei Elemente, die mehrheitlich mit der neuen Zone mit Planungspflicht 1.2 zusammenhängen.

1. Der Verkehr: Gemäss dem Planungsbericht und der vorgeschlagenen neuen Planungspflicht ist vorgesehen, dass «...*das geplante Kopfgebäude teilweise im heutigen Strassenraum am Heilmannplatz zu liegen kommt*». Weiter wird im Planungsbericht erwähnt, dass eine solche städtebauliche Konzeption primär erst mit der Realisierung der verkehrlichen flankierenden Massnahmen (vfM) zum Westast der A5-Umfahrung umsetzbar wäre. Auf Seite 16 des Planungsberichtes steht ausserdem, dass die im Illustrationsplan angedachte Lösung als Grundlage dient, jedoch weder Bestandteil des Richtplans vfM ist, noch eine rechtsverbindliche Neugestaltung der betroffenen Strassenräume darstellt. Dies lässt den Schluss zu, dass bei Beginn des Bauvorhabens keine verkehrliche Lösung besteht. Das geplante Hochhaus reicht bis zum heutigen Strassenrand und das Trottoir soll versetzt werden. Wie soll damit an einem weiterhin bestehenden Verkehrsknotenpunkt eine, für alle Verkehrsteilnehmenden gute Lösung gefunden werden? Der Konflikt ist absehbar. Die Frage des A5-Westasts ist noch nicht abschliessend geklärt und damit auch nicht die vfM. Es wird von Hypothesen ausgegangen, die möglicherweise nicht eintreffen werden.
2. Die Erhöhung der Ausnutzung und die Erweiterung der Geschosshöhe: Dem aufmerksam Lesenden wird nicht entgangen sein, dass trotz erheblicher Aufstockung der Stockwerke die höhere Ausnutzung nur gering ausfällt. Beim Gassmann-Areal soll die noch zu bebauende Fläche verringert werden, was der Gemeinderat in eigener Kompetenz entscheiden kann. Mit der tatsächlich höheren Ausnutzung kann eine hohe Rendite erreicht werden. Andererseits stört sich die Fraktion Einfach libres! an der Verbetonisierung durch einen achtgeschossigen Klotz, der den Blick in die Altstadt versperrt. Wäre die Planungspflicht mit der heutigen Geschosshöhe unterbreitet worden, hätten wir keine Einwände gegen den Perimeter um den Heilmannplatz. Eine weitere Verdichtung auf einem bereits dicht bebauten Gebiet ist nicht zwingend notwendig. Die jetzige Geschosshöhe von 4 Etagen um den Heilmannplatz mit den jetzigen Baulinien ergeben aus unserer Sicht ein viel harmonischeres Bild. Planungsgrundlagen mit Planungspflicht, die zur Verdichtung führen und Wohnraum schaffen, wurden in der Stadt bereits eingeführt. Sie erinnern sich sicher an die Gurzelen, den Kreuzplatz, den Bärenplatz und die Alleestrasse. Die neuen EinwohnerInnen werden Schulen und Krippenplätze benötigen. Hat man an die Infrastruktur gedacht? Ein weiteres Hochhaus an diesem neuralgischen Verkehrsknotenpunkt braucht es aus Sicht der Fraktion Einfach libres! nicht.
3. Die Aufwertung der Wildermethmatte: Vielen unter Ihnen ist vielleicht nicht bewusst, dass dieser Matte mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Legat zugrunde liegt. Über die Auflagen wird nicht gesprochen und die Stimmberechtigten erfahren in der Botschaft nichts darüber. Wie auch immer, die Fraktion Einfach libres! ist der Meinung, dass die Auflagen herauszufinden und zu respektieren sind und darüber transparent zu informieren ist. Ich habe vom Gemeinderat Auskunft darüber verlangt. Frau Pittet hat vorhin bereits angedeutet, dass der Platz offensichtlich von Jugendlichen genutzt werden soll. Ohne Näheres darüber zu wissen, ist unbestritten, dass die Matte heute nicht einladend ist. Bereits mit der heutigen Zonenplanung ist es jedoch möglich, die Wildermethmatte als tatsächlichen Aufenthaltsraum aufzuwerten. Dafür muss der baurechtliche Zonenplan nicht geändert werden. Aus den genannten Gründen wird die Fraktion Einfach libres! dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen.

Schneider Sandra, SVP: Ich wollte mich eigentlich nicht äussern aber Salome Strobel hat mich dazu gebracht. Sie sagte, dass die Aufhebung der Parkplätze nicht schlimm sei. Ich weiss nicht, ob Sie den Platz kennen, es handelt sich um 60 Parkplätze, welche mit einem Schlag wegfallen. Wenn wir bedenken, dass die Stadt über sehr wenige Oberflächenparkplätze verfügt, verschärft dies die Situation. Die Mehrheit der Fraktion SVP/Die Eidgenossen findet diesen Umstand inakzeptabel. Ein weiterer soeben angesprochener Punkt ist der Schulraum. Aktuell befinden sich auf der Wildermethmatte Kindergarten und Schule. Bei der geplanten verdichteten Bauweise mit Hochhaus werden Familien mit Kindern einziehen. Es ist deshalb nicht verständlich, wieso auf das provisorische Schulgebäude verzichtet werden soll.

Briechle Dennis, GLP: Ich persönlich werde diesem Geschäft nicht zustimmen. Sicher, die Planung umfasst einige positive Aspekte. Der Park auf der Wildermethmatte ist eine tolle Idee. Das Gebiet muss aufgewertet werden. Allerdings hat dies nicht zwingend direkt mit der Planung zu tun. Es ist bereits heute eine freie Fläche. Auch die Idee eines Uferwegs entlang der Biel-Schüss ist positiv. Dafür die notwendigen Planungsgrundlagen zu schaffen, wäre erfreulich.

Die Planung im Bereich des Heilmannplatzes und der Jurastrasse überzeugt jedoch nicht. Die Stadt scheint aus der Geschichte zum Gassmann-Areal nichts gelernt zu haben. Schritt für Schritt wird die Bieler Altstadt zugestellt und versteckt. Dieses viel gepriesene und touristisch gerne vermarktete Bijou, das sich in den letzten Jahren gut entwickelt hat, bleibt der Öffentlichkeit verborgen. Wer sich heute von Osten her auf der Heilmannstrasse der Innenstadt nähert, hat eine wunderschöne Sicht auf die imposante Stadtkirche sowie die umliegenden Gebäude, die den Ursprung der Stadt Biel darstellen. Auch auf dem südlichen Teil der Wildermethmatte kann dieses Panorama genossen werden. Insbesondere in Abendstunden ist die Sicht durchaus schön. Nun will der Gemeinderat dieses Panorama mit einem achtstöckigen Turm zustellen. Damit wird ein weiterer Schritt unternommen, die Altstadt hinter langweiligen Klötzen zu verstecken. Der Gemeinderat verkauft dieses Hochhaus als Eingang zum Stadtzentrum. Die Zeit, als die Stadttore mit Türmen markiert wurden, liegt eigentlich ein paar Jahrhunderte zurück. Die vorgesehenen Bestimmungen zur Zone mit Planungspflicht (ZPP) lassen mir wenig Hoffnung, dass dort etwas Interessantes entsteht. Die ZPP fordert explizit einen durchgehenden Sockel entlang der Jurastrasse und eine durchgehende Trauflinie, also Uniformität statt Diversität. Anstatt das Verspielte und Verwinkelte der Altstadt aufzunehmen, wird einmal mehr ein radikaler Bruch gefordert. Die Planung nimmt die Sensibilität dieses Bereichs nicht auf, im Gegenteil es wird ein besonders grosser Kontrast angestrebt. Die Überbauung auf dem Gassmann-Areal halten viele nicht wirklich für gelungen. Sie hätten sich gewünscht, dass die Altstadt besser sichtbar geblieben wäre. Wer nicht nochmals einen Fall Gassmann-Areal möchte, lehnt den vorliegenden Entwurf ab.

Loderer Benedikt, Grüne: Wir haben heute nicht zum ersten Mal erfahren, dass jeder Parkplatz ein Kampfplatz ist. Offensichtlich ist der städtebauliche Grund als Parkplatz gedacht, was zu einer gewissen Verengung der Sichtweise, wie eine Stadt bebaut werden soll, führt. Man stelle sich vor, 60 Parkplätze! Im Parkhaus nebenan sind normalerweise 60 Parkplätze leer. Ich bitte Sie, wegen der Parkplätze keine Krokodilstränen zu vergiessen.

Das zweite fürchterliche Ding ist das Hochhaus mit, stellen Sie sich vor, 8 Geschossen. Ich muss zugeben, das ist ungeheuerlich! Leider haben die aufmerksam Lesenden des Berichts des Gemeinderats nicht richtig verstanden, warum an dieser Ecke ein

Hochhaus hingehört. Wenn Sie von der Heilmannstrasse um die Ecke biegen, ist dieses Hochhaus genau an der Krümmung. Deshalb ist es dort am richtigen Ort.

Sie sind selbstverständlich alle für die Verdichtung, aber natürlich anderswo, wahrscheinlich am liebsten auf einer Waldlichtung und nicht in der Mitte der Stadt. Ich habe sehr viel Lyrisches gehört über die Sicht auf die Altstadt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir ungefähr 150 Jahre lang die Altstadt nicht gesehen haben, dann haben wir sie ungefähr 15 Jahre lang gesehen bevor wir sie wieder zugedeckt haben. Wenn mir jemand erklärt, dass mit dem Hochhaus ein postkartengrosser Blick verbaut würde, muss ich sagen, dass die Postkarten der Stadt Biel sehr schlecht sind. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Den Park braucht die Stadt unbedingt und ich hoffe, dass dieser realisiert wird. Ich respektiere diejenigen, die damals eine Petition gegen den Neubau auf dem Gassmann-Areal lanciert haben. Ich spreche für die Menschen, die uns in den Stadtrat gewählt haben. Der Standort des heutigen Gebäudes auf dem Gassmann-Areal wurde schlussendlich um 10 Meter verschoben. Die Geschichte spricht von jahrelangen Enttäuschungen und vergeblichen Versuchen. Ich denke auch daran, wenn jetzt von der anderen Seite her die Altstadt wieder verdeckt werden soll. Mir tut das schon jetzt leid für diese Leute, die damals gekämpft haben. Ich kann dem vorliegenden Geschäft deshalb nicht zustimmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die weitgehend gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Die städtebaulichen, architektonischen und planerischen Überlegungen hat Herr Loderer bereits viel besser erläutert als ich das je könnte. Ich versuche, die Vorlage ein bisschen nüchterner einzuordnen. Wichtig scheint mir, die Perspektive von mehreren Jahrzehnten nicht aus den Augen zu verlieren. Diese langfristige Perspektive bringt schlussendlich für das Quartier und damit für die Stadt einen Mehrwert. Das Projekt wird aufgrund der heutigen noch länger notwendigen Nutzung und der zersplitterten Eigentumsverhältnisse etappenweise umgesetzt. Auslöser für den vorliegenden Entwurf war ein Einzelprojekt an der Häuserzeile der Jurastrasse, das dort nicht hingepasst hätte. Mit einer sogenannten Planungszone wurde verhindert, dass dort etwas Ungeeignetes entsteht. Anschliessend drängte sich die Aufgabe auf, das ganze Geviert näher anzuschauen. Das Ergebnis liegt Ihnen heute vor. Unbestritten ist der wichtige grüne Freiraum auf der Wildermethmatte. Nicht zuletzt als Folge des Klimawandels und des Temperaturanstiegs ist in diesem dicht bebauten Gebiet die Aufwertung der Grünfläche wichtig. Es gibt keine Dienstbarkeit im Grundbuch. Nach dem Legat wurde bereits vor 13 Jahren erfolglos gesucht. Ohne Grundbucheintrag ändert sich an der Zielsetzung für die Wildermethmatte nichts.

Das geplante achtstöckige Haus ist das Ergebnis von städtebaulichen Überlegungen, um dort eine «Landmark» Richtung Stadtzentrum zu setzen. Acht Stockwerke sind nicht sehr hoch. Eine Studie aus dem Jahr 2016 zeigt, dass trotz dem Hochhaus alle bestehenden Verkehrsführungen erhalten werden können. Was passiert, wenn der A5-Westast gebaut wird und die Göuffistrasse durch die vFM entlastet wird, muss nicht bereits heute beantwortet werden.

Ich komme auf die verfahrenstechnischen Vorbehalte zu sprechen: Dass Einsprachen noch hängig sind, ist in einem solchen Prozess normal. Die im Rahmen der Auflage erfolgten Einsprachen führten trotz Verhandlungen bis jetzt nicht zum Rückzug. Jetzt wird Antrag auf Ablehnung der Einsprachen gestellt, was dem normalen Verfahren entspricht. Die Forderung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, dass, solange eine

Einsprache hängig ist, das Planungsverfahren blockiert bleibt, funktioniert in einem Rechtsstaat nicht. Den Planungsprozess weiterzuführen ist weder unkorrekt noch unzulässig. Die Aussage, dass erneut auf einen Schlag 60 Oberflächenparkplätze aufgehoben werden, stimmt nicht. Im Moment bleiben die Parkplätze bestehen. Völlig zu Recht wurde bemerkt, dass im Altstadtparking meistens genügend Plätze vorhanden sind. Das langfristige Ziel ist eine komplette Grünfläche auf der Wildermethmatte. Was dies für die Parkplätze heisst, ist Gegenstand der langfristigen Planung. Auch die Schulhausprovisorien sind vorläufig nicht gefährdet. Die Wildermethmatte ist jedoch nicht der geeignete Standort, weshalb die Schulhäuser als Provisorien realisiert wurden. Längerfristig sollen sie in komplette Schulanlagen integriert werden.

Im Zusammenhang mit der Ausnutzung des Hochhauses wurde von Frau Tennenbaum bemängelt, dass andernorts eine Mindernutzung vorgesehen ist. Die Frage der Verdichtung wird von städtebaulichen und nicht von finanziellen Überlegungen bestimmt. Das Argument, der Renditesteigerung ist somit hinfällig. Es geht um eine städtebaulich optimale Lösung.

Ich bin froh, dass eine Mehrheit der Stadtratsmitglieder dem vorliegenden Geschäft zustimmen will. Sie zeigen damit den BielerInnen wohin die Reise in den nächsten Jahrzehnten geht. Die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt.

Ich bitte Sie, bei den Argumenten dagegen in der Botschaft redlich zu bleiben und nicht zu polemisieren. Alles was sich heute auf der Wildermethmatte befindet, hat eine Bestandsgarantie. Das private Grundeigentum wird nicht enteignet. Für private Grundeigentümer ist es jedoch vorteilhaft, über die längerfristige Perspektive Bescheid zu wissen. Der vorliegende Entwurf informiert darüber. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** mit 34 gegen 14 Stimmen, bei 2 Enthaltungen nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019, gestützt auf Artikel 40, Absatz 1, Ziffer 1, Buchstabe a der Stadtordnung der Stadt Biel vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

I. Den Stimmberechtigten wird der folgende Beschlussesentwurf zur Annahme empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19. Dezember 2019 und gestützt auf Artikel 12 Ziffer 3 Buchstabe a der Stadtordnung der Stadt Biel vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Wildermethmatte» wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird nach Abweisung der verbleibenden Einsprachen durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft**Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident:**

Es liegen zwei Anträge zu den Argumenten dagegen vor.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Stadtpräsident hat vorhin bereits die Argumente dagegen der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zerpfückt. Ich bitte die Befürwortenden zu beachten, dass es in den Argumenten dagegen um die Gründe der Gegnerschaft geht. Die drei folgenden Gegenargumente finden wir richtig.

1. Zum Zeitpunkt der Behandlung der Vorlage im Stadtrat ist das Einspracheverfahren noch nicht abgeschlossen und zwei Einsprachen sind hängig. Es ist stossend, dass trotz der hängigen Einsprachen das Geschäft bereits dem Stadtrat und der Stimmbevölkerung vorgelegt werden soll.
2. Erneut werden auf einen Schlag über 60 Oberflächenparkplätze aufgehoben, obschon die Anzahl Parkplätze bereits heute im Altstadt-Quartier sehr knapp bemessen ist. Damit entgehen der Stadt auch Gebühren-Einnahmen.
3. Neue Schulräumlichkeiten sind in der Stadt Biel dringend gesucht. Mit der Zonenplanänderung würde es für die provisorische Schulanlage Wildermeth keinen Ersatz am gleichen Standort mehr geben. Das ist kontraproduktiv.

Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen findet es nach wie vor nicht richtig, die Vorlage dem Stadtrat vorzulegen, obwohl die Einsprachen immer noch hängig sind. Nicht richtig ist darüberhinaus, dass 60 Oberflächenparkplätze aufgehoben werden sollen. Bestehende Schulräume längerfristig aufzuheben ist für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nicht sinnvoll. Ich schlage vor, dass sich die Gegner in einer Sitzung der Redaktionskommission, die sehr wahrscheinlich stattfinden wird, auf die Argumente einigen, die in die Botschaft gegen den Antrag aufgenommen werden sollen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hält an ihren drei Gegenargumenten fest.

Wiederkehr Martin, SP: Frau Schneider, es ist richtig, dass jeder seine Meinung haben darf. Gegenargumente dürfen selbstverständlich eingebracht werden. Für die Abstimmung im Stadtrat appelliere ich allerdings an die Redlichkeit. Heute wird nicht über ein konkretes Bauprojekt befunden und auch nicht über die Aufhebung von 60 Oberflächenparkplätzen. Es handelt sich um eine Planung. Die Parkplätze können schrittweise aufgehoben werden. Dieses Gegenargument ist als Tatsache formuliert. Es handelt sich aber um eine geplante Massnahme.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Fraktion Einfach libres! hält an ihren vier folgenden Gegenargumenten fest:

1. Die neuen Baulinien am G.-F.-Heilmann-Platz stellen ganz neue Herausforderungen an die Verkehrsführung. Diese ist noch nicht geregelt und wird erhebliche Konflikte für alle Verkehrsteilnehmenden an diesem neuralgischen Knoten verursachen.
2. Ein achtgeschossiges Gebäude wirkt wie ein blockierendes Element für den Zugang ins Stadtzentrum und in die Altstadt. Anstatt den Blick offen zu halten wird die Sicht in die Altstadt verbaut.
3. Die heutigen Bebauungsmöglichkeiten mit vier Geschossen um den G.-F.-Heilmann-Platz sind in sich harmonischer und passen besser ins Ortsbild. Eine Verdichtung an diesem bereits dicht bebauten Ort zwecks Renditesteigerung lehnt eine Minderheit des Stadtrates ab.

4. Die Anpassungen zur Aufwertung der Wildermethmatte als städtisches Naherholungsgebiet können bereits mit den heutigen Planungsgrundlagen realisiert werden.

Beim dritten Argument ist die Formulierung «zwecks Renditestеigerung» zu streichen.

Steinmann Alfred, SP: Ich schlage vor, dass sich die Gegnerschaft abspricht, welche Gegenargumente sie vorbringen will. Es ist nicht möglich, 7 Punkte für die Argumente dagegen und nur 3 Punkte für die Argumente dafür aufzunehmen. Die Argumente beider Seiten müssen ausgeglichen sein.

Suter Daniel, PRR: Il est bien clair que c'est au Conseil de ville de déterminer le contenu des messages adressés aux ayants droit au vote. Les arguments présentés sont plus ou moins crédibles. Je ne peux toutefois pas soutenir le premier argument du Groupe UDC/Les Confédérés car il est juridiquement incorrect. Quiconque connaît la procédure cantonale d'aménagement, réglée dans le droit cantonal sur les constructions, saura que, dans tous les cas, les oppositions sont traitées dans le cadre de la décision d'approbation cantonale. Cette approbation vient tout à la fin de la procédure. Tout d'abord, l'organe communal compétent approuve ou non la planification. L'affaire passe ensuite, avec les oppositions, à l'Office cantonal des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT) qui prend une décision quant aux oppositions formulées dans le cadre de la planification. **Je demande par conséquent que le premier argument contre le projet proposé par le Groupe UDC/Les Confédérés soit biffé.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich bitte die Fraktionspräsidien, die Mitglieder für die Redaktionskommission zu benennen, die dann versuchen wird, sich noch heute Abend auf das Argumentarium zu einigen. Ich sehe, Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Die Lösung an die Redaktionskommission abzuschieben, finde ich problematisch. Wenn tatsächlich aus rechtlichen Gründen, wie Daniel Suter vorhin erklärt hat, ein Argument nicht aufgenommen werden kann, sollte der gesamte Stadtrat darüber befinden. Der Redaktionskommission fehlt die Legitimation, einzelne Argumente dagegen ganz wegzulassen. Die Redaktionskommission benötigt einen möglichst genauen Auftrag.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Stadtrat wird vorgängig über die umstrittenen Punkte und den Umfang der Argumente abstimmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich weise Sie darauf hin, dass es um die Botschaft zur Volksabstimmung geht. Es gibt Raum für Dafür- und Dagegen-Argumente, aber eine Botschaft ist keine Kampagnenzeitung. Ich empfehle Ihnen, die Argumente dagegen korrekt und den Tatsachen entsprechend zu formulieren.

Zum Argument der Fraktion SVP/Die Eidgenossen über die hängigen Einsprachen hat Herr Suter bereits alles gesagt. Beim zweiten Argument ist es eine Tatsache, dass die Parkplätze langfristig nicht gesichert sind. Die Formulierung hinterlässt jedoch den Eindruck, dass alle Parkplätze sofort aufgehoben werden. Entschuldigung, aber in einer Botschaft an das Volk gehört so etwas nicht. Eine Abstimmungsbotschaft ist ein Informationsinstrument der Behörde und kein Propagandapapier eines Abstimmungskomitees.

Das erste Argument dagegen der Fraktion Einfach libres! betreffend Verkehr am Heilmannplatz stimmt so nicht. Das dritte Argument, ohne die Formulierung der Renditesteigerung, stellt eine Meinung dar, die durchaus vertretbar ist.

Eine Ausgewogenheit der Dafür- und Dagegen-Argumente ist empfehlenswert. Insbesondere bei einem Abstimmungsverhältnis im Stadtrat von 34 Stimmen dafür und 14 dagegen ist eine Überzahl der Dagegen-Argumente nicht angebracht.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Kann sich der Stadtrat auf die gleiche Anzahl der Argumente dafür und dagegen einigen?

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, dass die Befürwortenden ein zusätzliches Argument finden, somit wären bei 4 Argumenten beide Seiten ausgeglichen...

Abstimmungen

- darüber, 3 oder mehr Argumente in der Botschaft aufzulisten

Je 3 Argumente DAFÜR und DAGEGEN werden angenommen.

- über den Antrag von Herrn Suter, das 1. Argument der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zu streichen

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Jetzt muss die Redaktionskommission besetzt werden.

Ordnungsantrag

Suter Daniel, PRR: Le Maire a demandé de biffer l'argument 2 du Groupe UDC/Les Confédérés. Après réflexion, j'aurais dû le demander aussi car il est certain que ces 60 places de parc ne disparaîtront pas d'un coup définitivement. On peut donc présenter cet argument au peuple, mais le droit en vigueur rappelle qu'il est important que les informations apportées dans un message soient correctes et vraies. Cette information formulée ainsi ne l'est pas!

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Herr Suter, Sie haben wahrscheinlich vorhin nicht gehört, dass eine Redaktionskommission eingesetzt werden soll. Diese wird die Argumente formulieren. Herr Gugger hat mir vorhin bereits einen **Vorschlag für das zweite Argument dagegen** unterbreitet: «~~Erneut werden auf einen Schlag (streichen) Es sollen über 60 Oberflächenparkplätze aufgehoben werden,...~~». Das ganze Argument zu streichen finde ich demokratisch fragwürdig. Ich bitte Sie den Antrag von Daniel Suter abzulehnen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Daniel Suter zieht seinen Antrag zurück.

Die Sitzung wird bis 19.25 Uhr unterbrochen. Anschliessend erwarte ich die Liste mit den Mitgliedern für die Redaktionskommission bei mir zurück.

Bohnenblust Peter, FDP: Wird die Botschaft dem Stadtrat nochmals vorgelegt?

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Redaktionskommission wird die Botschaft zusammen mit der Ratssekretärin während der einstündigen Pause bereinigen. Anschliessend wird sie dem Stadtrat vorgelegt.

Sitzungsunterbruch: 19.20 Uhr - 19.30 Uhr

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Fraktionspräsidien haben die Mitglieder der Redaktionskommission für die vorliegende Botschaft bestimmt:

**Dennis Briechle
Sandra Schneider
Salome Strobel
Daniel Suter
Ruth Tennenbaum**

Ich bitte die Redaktionskommission bis nach der Pause einen Vorschlag einzureichen.

213. 20190356 Erneuerung von zwei Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern (Wohnbaugenossenschaft «Solidarität» und Baugenossenschaft «Friedheim»)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Von den insgesamt 6 Baurechtsverträgen, die der Gemeinderat beraten hat, werden nur die beiden vorliegenden dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet.

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Alle 6 Baurechtsverträge laufen Ende Jahr aus und sollen erneuert werden. Zwei der Verträge liegen in der Kompetenz des Stadtrats. Wie Sie im Bericht des Gemeinderats lesen konnten, soll eine grundsätzliche Verfahrensänderung vorgenommen werden. Der Gemeinderat hat einen Mustervertrag erstellt, der neu angewendet werden soll. Das Verfahren wird damit sicherlich vereinfacht, Sonderkonditionen sollen aber nicht ausgeschlossen werden. Der Ermessensspielraum ist trotz dem standardisierten Verfahren gegeben, was die GPK befürwortet.

Im neuen Mustervertrag ist vorgesehen, dass die zuständige Behörde mit den Wohnbauträgern über Zielvereinbarungen verhandelt und diese vertraglich festhalten kann. Damit sind die Wohnbauträger zur Wartung und Sanierung der Liegenschaften verpflichtet. Die Verträge sind in verschiedene Phasen unterteilt. In der ersten Phase sind die Übergangsbestimmungen laut Reglement und Verordnung bestimmend. In der zweiten Phase kommen die Konditionen auf der Basis der Landwerte zur Anwendung. Die einzelnen Konditionen sind im Bericht des Gemeinderats nachvollziehbar und verständlich dargelegt. Aus den beiden vorliegenden Verträgen gehen Buchgewinne hervor. Diese fliessen in die Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» (Konto 29300.2200).

Ein Kritikpunkt wurde an der letzten GPK-Sitzung ausführlich diskutiert: Wieso wird die Erneuerung der beiden Baurechtsverträge dem Stadtrat erst jetzt vorgelegt? Die Verträge laufen Ende Jahr aus und heute ist der 18. Dezember 2019. Was passiert,

wenn dem Entwurf heute nicht zugestimmt wird? Gemäss Auskunft des Gemeinderats hätten sich die Verhandlungen mit einem der Wohnbauträger in die Länge gezogen. Die GPK findet ausserdem, dass der Titel des vorliegenden Geschäfts mit 6 respektive 2 Baurechtsverträgen für Verwirrung sorgte. Offenbar ergibt sich die unklare Bezeichnung aus dem neuen Dokumentenverwaltungssystem d.3. Die GPK empfiehlt, den beiden Baurechtsverträgen zuzustimmen.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR se réjouit de ce renouvellement de contrats de droit de superficie avec la Coopérative d'habitation «Solidarité» et la coopérative de construction «Friedheim». Notre groupe se réjouit de constater que cette politique, chère au PSR, est aussi partagée par tous les membres du Conseil de ville mais aussi par le Conseil municipal. Le Groupe PSR remercie le Conseil municipal pour le travail effectué.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO stellte sich die Frage, warum das vorliegende Geschäft so spät in den Stadtrat kommt. Die Fraktion SP/JUSO empfiehlt, den vorliegenden Entwurf anzunehmen. Er ist nicht nur für den Fortbestand der beiden Wohnbaugenossenschaften wichtig. Es geht auch um die Zielerreichung des Reglements über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW; SGR 854.1). In der Stadt Biel fehlen über 1'800 gemeinnützige Wohnungen, um den im RFGW festgelegten Anteil von 20% zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wird die Fraktion SP/JUSO die Erneuerung der Baurechtsverträge geschlossen unterstützen.

Wir von der JUSO haben allerdings noch eine Frage an den Gemeinderat: Das RFGW sieht vor, dass die Baurechtsverträge explizit energetische und ökologische Bestimmungen enthalten können. Da die Stadt Biel vor kurzer Zeit den Klimanotstand ausgerufen hat, erscheint es uns seltsam, dass solche Vorgaben nicht aufgenommen wurden.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stimmt dem vorliegenden Beschlussesentwurf zu. Die Vorlage entspricht im Wesentlichen dem RFGW und der entsprechenden Verordnung (Verordnung über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, VFGW; SGR 854.11). Für die Fraktion FDP ist ebenfalls entscheidend, dass die Wohnbauträger die Verträge unterschrieben haben. Wir empfehlen, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich mache es kurz, die Fraktion Grüne wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Ich bin froh, um die Klarstellung der GPK-Sprecherin. Das vorliegende Geschäft wird, einmal mehr, dem Stadtrat in allerletzter Minute vorgelegt. Die Fraktion Grüne behält sich deshalb vor, demnächst einen Vorstoss mit der Frage einzureichen, wann die weiteren Vertragsverlängerungen fällig werden. Damit soll eine saubere Planung erreicht und die Geschäfte dem Stadtrat rechtzeitig vorgelegt werden.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat vom Bericht des Gemeinderats Kenntnis genommen und wird dem Beschlussesentwurf geschlossen zustimmen. Wir schliessen uns den positiven Wortmeldungen der VorrednerIn an.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie pour la bonne réception de cette affaire. Je remercie également la porte-parole de la Commission de gestion (CDG) pour son excellente présentation. Je n'y reviendrai pas. Je souhaiterais en

revanche commenter certaines des interventions de ce soir concernant le moment choisi pour présenter cette affaire. Comme vous avez pu le constater dans le rapport, le Conseil municipal a négocié plus de 50 contrats en trois ans, soit depuis l'entrée en vigueur du Règlement sur l'encouragement de la construction de logements d'utilité publique (RLog; RDCo 854.1), et, ce, rien qu'avec des maîtres d'ouvrage d'utilité publique. À cela vient s'ajouter évidemment tout le reste des contrats avec l'ensemble de nos superficiaires.

Je souhaite ne pas laisser persister l'impression que le Conseil municipal présenterait les affaires au dernier moment au Conseil de ville pour le mettre sous pression, car ce n'est absolument pas le cas. Nous ne chômons pas du tout. Pour conclure un contrat de ce type, il faut en effet compter un temps de négociation de quatre à six mois, car certaines coopératives ont des procédures complexes. Il faut donc ensuite y ajouter le processus interne de la Ville. Pour exemple, une négociation qui débute en janvier ne peut être amenée au Conseil de ville qu'en octobre ou novembre au plus tôt et, dans le pire des cas, en décembre. Il s'agit, dans le cas qui nous occupe, d'une affaire non problématique et même de formalité, puisque les conditions se basent sur le RLog et qu'elles sont identiques pour tous ces types de contrats. On ne parle pas encore de grands renouvellements qui, eux, nécessiteraient une seconde lecture. Il est vrai que le Conseil de ville est tout à fait libre de refuser la proposition qui lui est soumise. Je ne le recommande toutefois pas, car cela serait au détriment de la Ville, qui réalise un gain comptable de plus de 2 millions de fr. avec ces deux seules coopératives.

Monsieur Meyer, j'espère qu'avec ces explications, je vais éviter le dépôt d'une intervention, mais ce choix reste bien évidemment le vôtre. Vous avez demandé pourquoi on ne pose pas de conditions énergétiques. Ces réflexions seront prises en compte dans la phase suivante de planification et devraient d'ailleurs faire l'objet des nouveaux contrats, puisque les conditions sont dépendantes du contrat de droit de superficie. Les coopératives acceptent également ces conditions car ce sont de bons contrats pour elles aussi. Pour cette raison, le Conseil municipal vous invite à accepter le projet d'arrêté.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 30. Oktober 2019, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996, (SGR 101.1):

1. Die Einwohnergemeinde Biel verlängert die baurechtsweise Abgabe des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 355, Länggasse 45–49, Sägefildweg 46–50, an die Wohnbaugenossenschaft «Solidarität» im Halte von 7'543 m² bis zum 31. Dezember 2049 und den damit beiliegenden Vertrag.
2. Die Einwohnergemeinde Biel verlängert die baurechtsweise Abgabe des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 543, Länggasse 51–55, Eisfeldstrasse 1+3, an die Baugenossenschaft «Friedheim» im Halte von 6'647.00 m² bis zum 31. Dezember 2049 und den damit beiliegenden Vertrag.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

214. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190454, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Levin Koller, JUSO «AGGLOlac: Wie stellt der Gemeinderat eine faire Abstimmungs-kampagne sicher?»

Scheuss Urs, Grüne: Die Fragen der Interpellation betreffen die Abstimmung, die für den 28. Juni 2020 vorgesehen ist. Die Antworten sollten deshalb möglichst bald vorliegen.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

215. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190453, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO «Hat die Projektgesellschaft die Forderung des Bieler Stadtrates umgesetzt?»

Koller Levin, JUSO: Der Stadtrat wird bald über das Projekt Agglolac abstimmen. Mit dem dringlichen Postulat soll erreicht werden, dass vorgängig bestimmte Fragen beantwortet und gewisse Themen diskutiert werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

216. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20190452, Peter Bohnenblust, FDP, Thomas Strässler, FDP, Maurice Paronitti PRR, Reto Gugger, BDP, Fred Schor, EDU, Thomas Brunner, EVP, Titus Sprenger, Passerelle, Sandra Gurtner-Oesch, GLP «Sportkomplex Bözingenfeld: Verlangt wird übliches Verfahren für Projektierung» und der überparteilichen Interpellation 20190455, Peter Bohnenblust, FDP, Thomas Strässler, FDP, Maurice Paronitti, PRR, Reto Gugger, BDP, Fred Schor, EDU, Thomas Brunner, EVP, Titus Sprenger, Passerelle, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Projekt Sportkomplex Bözingenmoos: Offene Fragen»

Bohnenblust Peter, FDP: Beide Vorstösse betreffen den Sportkomplex Bözingenfeld. Die Planung dafür hat bereits begonnen. Jetzt ist die letzte Gelegenheit um mitzureden und Fragen zu stellen.

Die Dringlichkeiten werden gewährt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 20.45 Uhr. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein. In letzter Zeit ist das rechtzeitige Einfinden nach der Sitzungspause immer mehr ausgefranst.

Sitzungsunterbruch: 19.45 Uhr - 20.50 Uhr

212. 20150214 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Biel im Bereich «Wildermethmatte» / Botschaft (Fortsetzung)**Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident:**

Herzlichen Dank an die Redaktionskommission für die vorbereiteten Arbeiten. Wir stimmen jetzt über die Argumente in der Botschaft ab.

Ordnungsantrag

Grupp Christoph, Grüne: Jetzt über die Argumente in der Botschaft abzustimmen, finde ich unseriös. Ich stelle den Antrag, darüber an der Sitzung von morgen Abend nach schriftlicher Vorlage abzustimmen.

Der Stadtratspräsident setzt den Antrag ohne Abstimmung um.

217. 20180403 Einführung Betreuungsgutscheine in der Stadt Biel / Reglement / Wiederkehrende Ausgabe

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zuerst wird jetzt über das Reglement beraten und abgestimmt, anschliessend über den Beschlussesentwurf und am Schluss wird über die Botschaft befunden.

Tanner Anna, GPK: Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Direktion Bildung, Kultur und Sport (BKS) für den vorliegenden Bericht. Vielen Dank auch für die Beantwortung der zusätzlichen Fragen. Allgemein bekannt ist, dass die Nachfrage nach subventionierten Kita-Plätzen das Angebot übersteigt. Es gibt Wartelisten und nicht jede anspruchsberechtigte Familie findet einen vergünstigten Platz. Mit dem neuen System der Betreuungsgutscheine soll diese Ungleichbehandlung behoben werden. Die Betreuungsgutscheine sollen auf den 1. August 2020 eingeführt werden.

Ich betone zuerst die positiven Aspekte der Vorlage: Alle Familien werden gleich behandelt. Die Wahl der Kita ist frei, sei es in Biel oder anderswo. Als Option kann die Platzierung bei Tageseltern gewählt werden. Die Warteliste sollen wegfallen und die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben soll gewährleistet werden. Die Stadt Biel wird damit ein attraktiverer Lebens- und Arbeitsort. Mit dem neuen System soll ausserdem die soziale Integration gefördert werden.

Die GPK vermisst im Bericht des Gemeinderats die Erwähnung des volkswirtschaftlichen Nutzens. Durch die Kitabetreuung der Kinder können beide Elternteile arbeiten. Dazu muss aber die Chancengleichheit umgesetzt werden. Voraussetzung dafür sind gleiche berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch eine Angleichung der Altersvorsorge und der Steuerbelastung.

Das Reglement für die Abgabe der Betreuungsgutscheine ist neu. Die GPK hat im Entwurf einen kleinen Fehler in der Nummerierung der einzelnen Artikel bemerkt. Die Artikelnummer 2 ist zweimal erwähnt.

Die Gemeinden können die Betreuungsgutscheine freiwillig einführen. Bei Nichteinführung des neuen Systems entfallen jedoch die kantonalen Subventionen.

Anspruchsberechtigt sind Eltern mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 120%, Alleinerziehende mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 20%. Anspruchsberechtigt auf einen Kitaplatz sind ausserdem Kinder mit einer psychischen, physischen, sprachlichen oder kognitiven Beeinträchtigung. Die Höhe des Beitrags ist einkommensabhängig. Der Minimalbeitrag beläuft sich auf CH 100. Die Kosten für die Betreuungsgutscheine werden zu 80% vom Kanton und zu 20% von den Gemeinden getragen. Der Gemeinderat schlägt in seinem Bericht keine Obergrenze für den Beitrag vor. Die Stadt wird mit Mehrausgaben belastet, für den Kanton soll der Systemwechsel kostenneutral sein. Falls der Systemwechsel nicht vollzogen wird, stellt der Kanton seine Subventionszahlungen ein. **Die GPK beantragt, in einem Jahr eine Evaluation vorzunehmen, um Schwachstellen im System aufzudecken.**

Die GPK stellt ausserdem folgende Änderungsanträge bei den Argumenten dafür in der Botschaft: Im **ersten Argument** sollte es heissen: «***Gleichbehandlung der Eltern-(streichen) Familienmitglieder***». **Als zusätzliches Argument** dafür soll der Satz: «***Die Subventionen vom Kanton können nur durch die Einführung der Betreuungsgutscheine sichergestellt werden***» aufgenommen werden.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Der vorliegende Entwurf ist schon beinahe eine kleine Revolution. Diejenigen, die wie ich über 30 Jahre um Krippenplätze gehofft, gepokert und gezittert haben, werden mir beipflichten. Dieses Geschäft bringt uns in Gleichstellungsfragen endlich einen grossen Schritt weiter. Ich danke dem Gemeinderat für den mutigen Schritt, die Betreuungsgutscheine unlimitiert auszugeben. Damit ist die leidige Geschichte mit den Wartelisten endlich vorbei.

Die Fraktion SP/JUSO wird sich dafür einsetzen, dass diese Vorlage vom Volk angenommen wird. Ich hoffe stark auf die Bieler Bevölkerung und auf die Unterstützung im Stadtrat. Die Vorlage ist für viele Familien eine Erlösung und eigentlich sollte nicht die Kritik, sondern die Freude im Vordergrund stehen. Damit hebt sich die Stadt Biel in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich von vielen anderen Städten ab. Ich denke, das erlöste Ausatmen aller Familien, die endlich vom Stress auf der Suche nach einem Betreuungsplatz befreit sind, ist zu hören.

Nun bleiben aber trotzdem einige Fragen und Sorgen. Wie kann es sein, dass von durchschnittlich 300 Kindern die auf einer Warteliste stehen, plötzlich alle einen Krippenplatz bekommen? In seiner Antwort auf das Postulat 20180299 «Genügend Kinderbetreuungsplätze» spricht der Gemeinderat von 180 fehlenden subventionierten Plätzen. Rechnen Sie nach! Heute verfügt die Stadt über 700 Krippenplätze, wovon 300 von voll zahlenden Eltern belegt sind. Diese werden sich jetzt nicht einfach in Luft auflösen. 600 Kinder benötigen jetzt subventionierte Plätze. Diese Rechnung geht nicht auf.

Die Fraktion SP/JUSO macht sich auch Sorgen um die Abwicklung der Antragsprozedur. Gibt es in der Stadtverwaltung genügend Personal, um alle Anträge bis zum Frühsommer erledigen zu können? Sind alle Eltern in der Lage, den nicht ganz einfachen Antrag auszufüllen? Was geschieht mit denen, die überfordert sind? Was ist mit den vielen Arbeitnehmenden, die zu Randzeiten oder im Schichtdienst arbeiten? Hier muss dringend eine Lösung gefunden werden.

Innovative Konzepte sind gefragt, was uns zu einer weiteren Sorge führt: Die Privatisierung der Krippen. Die privaten Spitäler transferieren ihre Gewinne, die sie

unter anderem durch Subventionen erwirtschaften, ins Ausland, wie beispielsweise die Hirslanden Gruppe. Die Fraktion SP/JUSO möchte verhindern, dass dies auch bei den Kinderkrippen geschieht. Schafft es die Stadt, die zusätzlichen Krippenplätze zur Verfügung zu stellen, oder werden es private Ketten tun? Die Fraktion SP/JUSO möchte die städtischen Kinderkrippen stärken und sie zu Innovationen motivieren, damit sie für den nächsten Sommer gerüstet sind.

Die Leaderposition muss nicht nur angebotsseitig, sondern auch bei den Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Die Eltern schauen gut hin, in welche Krippe sie ihre Kinder bringen wollen. Gute Arbeitsbedingungen und genügend gut ausgebildetes Personal sind für eine gute Betreuungsqualität unerlässlich. Die Rahmenbedingungen werden leider nicht in der Stadtverwaltung, sondern auf Kantonsebene geschaffen. Ich appelliere an die Stadtratsmitglieder, die auch Mitglieder des Grossen Rates sind.

Die Kindergartenkinder werden direkt den Tagesschulen zugewiesen. Die Betreuung von vierjährigen Kindergartenkindern zusammen mit pubertierenden Fünfzehnjährigen ist nicht unproblematisch. Es gibt immer wieder Rückmeldungen von unzufriedenen Eltern der Kleinen. Es gilt diesem Punkt im Konzept der Tagesschulen Rechnung zu tragen und Lösungen zu finden. Grundsätzlich freut sich die Fraktion SP/JUSO über das neue Betreuungssystem und beantragt, dem vorliegenden Entwurf zuzustimmen.

Die Fraktion SP/JUSO lehnt den Antrag der GPK ab und stellt den folgenden **Änderungsantrag im ersten Argument dafür in der Botschaft: «Gleichbehandlung der Erziehungsberechtigten (anstatt der Eltern oder Familienmitglieder)»**. Den Antrag von Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom lehnt die Fraktion SP/JUSO ebenfalls ab.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die Einführung der Betreuungsgutscheine beschlossen. Mit dem Systemwechsel werden sich die Kosten für die Stadt Biel nach Hochrechnungen um rund 1 Million von CHF 1,3 Mio. auf CHF 2,3 Mio. erhöhen. Die Teilnahme am System der Betreuungsgutscheine ist für die Gemeinden freiwillig. Bei Nichteinführung geht aber der Anspruch auf die kantonalen Subventionen verloren. Für die weitere Beteiligung des Kantons muss also dem vorliegenden Entwurf zugestimmt werden.

In seinem Bericht hebt der Gemeinderat hervor, dass es in Zukunft keine Wartelisten für Krippenplätze mehr geben soll. Damit würde die Gleichbehandlung aller gewährleistet. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist aber die Gleichbehandlung nicht vollständig gegeben. Was ist mit Familien, die weiterhin ihre Kinder unter finanziellem Aufwand selber erziehen? Da sie damit der Stadt Biel und dem Kanton keinen finanziellen Aufwand verursachen, sollten sie ebenfalls entschädigt werden. Somit wäre die Gleichberechtigung gewahrt.

Eine Frage an den Gemeinderat stellt sich für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen: In Nidau wurde für die Einführung der Betreuungsgutscheine in der Gemeindeverwaltung eine Stelle geschaffen. Ist dies in Biel auch der Fall und sind die zusätzlichen Kosten bereits in der Erhöhung um CHF 1 Mio enthalten? Dem Antrag der GPK wird die Fraktion SVP/Die Eidgenossen zustimmen und dem vorliegenden Entwurf ebenfalls.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP steht für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Kindertagesstätten zu fördern, liegt im Interesse der Wirtschaft und der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Damit wird auch die

geforderte Chancengleichheit der Geschlechter gefördert. Die Subjektfinanzierung über die Betreuungsgutscheine ist kompetitiver und gerechter als die bisherige Objektfinanzierung. Die Betreuungsgutscheine unterstützen Familien und Alleinerziehende konkret, statt eine begrenzte Anzahl an Kitaplätzen zu subventionieren. Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion FDP den vorliegenden Entwurf.

Der Bericht des Gemeinderats hätte mehr auf den volkswirtschaftlichen Nutzen des neuen Systems eingehen können. Durch die freie Wahl des Kitaplatzes wird der Wettbewerb gefördert. Ob die städtischen Kitas für den Wettbewerb genügend fit sind, wird sich zeigen. Die Fraktion FDP sieht jedoch eine grosse Unsicherheit in Bezug auf die finanziellen Folgen. Insbesondere sind die Beiträge von Bund und Kanton längerfristig nicht gesichert. Nach dem Bericht des Gemeinderats wurde der Mechanismus der Anschubfinanzierung durch den Bund nicht gesichert. Selbstverständlich unterstützt die Fraktion FDP die Forderung einer Evaluation zu gegebener Zeit. Ausserdem müssen die beiden befristet geschaffenen Stellen nach Einführung des neuen Systems wieder wegfallen.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne steht dem vorliegenden Geschäft gespalten gegenüber. Grundsätzlich sind wir nicht grosse Fans von Betreuungsgutscheinen. Die Fraktion Grüne steht der mit diesem System einhergehenden Liberalisierung sehr kritisch gegenüber. Ob der Wettbewerb für eine nachhaltige Entwicklung der Situation vorteilhaft ist, bleibt fraglich. Immer wieder werden massive Missstände in Kitas aufgedeckt. Durch einen liberalisierten Markt ist in dieser Hinsicht keine Besserung zu erwarten. In der Stadt Biel ist die in der Presse kritisierte Kette «Globegarden» bis jetzt nicht aktiv. Dies kann sich jedoch aufgrund der steigenden Nachfrage ändern. Skeptisch ist die Fraktion Grüne auch gegenüber der Aussage des Gemeinderats, dass in Zukunft genügend Kitaplätze vorhanden sein werden. Wir begrüssen den Antrag der GPK, in einem Jahr eine Evaluation vorzunehmen.

Der Systemwechsel hat die Frage nach der Qualitätskontrolle aufgeworfen. Wer ist für die Aufsicht verantwortlich und gibt es dafür genügend Ressourcen? Nach Auskunft des Gemeinderats liegt die Aufsicht, um eine einheitliche Qualität zu gewährleisten, beim Kanton. Die Anstellungsbedingungen haben einen grossen Einfluss auf die Qualität. Im Moment sind diese alles andere als gut und dürften mit zunehmendem Wettbewerb nicht besser werden. Für die Fraktion Grüne ist klar, dass mit der Einführung der Betreuungsgutscheine auch flankierende Massnahmen eingeführt werden müssen. Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Kitapersonal ist längstens überfällig. Die Fraktion Grüne appelliert an den Gemeinderat, sich dafür und auch für genügend gut ausgebildetes Personal beim Kanton stark zu machen.

Andererseits ist es höchste Zeit, dass die ellenlangen Wartelisten verschwinden. Ein familienfreundliches System ist nötig. Die Umsetzung des Gemeinderats sagt der Fraktion Grüne zu. Das vorgesehene offene System ohne Plafonierung ist elementar. Die Abstufung der Anspruchsberechtigung ist eine pragmatische Lösung. Gerade im Hinblick auf die Entscheidung für Karriere oder Kind ist eine niederschwellige externe Kinderbetreuung massgebend. Der Kanton lässt den Gemeinden keine andere Wahl als die Betreuungsgutscheine einzuführen um weiterhin Unterstützung aus dem Lastenausgleich für die Kinderbetreuung zu erhalten. Die Fraktion Grüne wird dem

vorliegenden Entwurf zustimmen. Nicht vergessen werden darf, dass die Eltern, die Kinder und die Kitaangestellten im Zentrum stehen sollten.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le règlement et le rapport du Conseil municipal ont retenu toute l'attention du Groupe PSR. Ce rapport met en évidence les bienfaits de ce projet, qui devrait convaincre tout l'hémicycle ici présent. En effet, c'est un projet social, ouvert à toutes celles et ceux qui y ont droit et il est en même temps un encouragement pour tous les parents qui travaillent. Un système ouvert, sans plafonnement, permet d'éviter toute liste d'attente et ainsi d'éviter toute forme de discrimination. C'est donc non seulement un projet social, mais aussi un projet avisé libéral. Le Conseil municipal fait preuve de courage et d'ouverture en s'engageant à offrir une place en crèche ou en famille d'accueil à chaque enfant entre 0 et 4 ans. Certes, le financement pour la Ville augmente et passe de 1,3 à 2,4 millions de fr. et 4 millions de fr. supplémentaires pour le Canton. Cela équivaut à 80% des charges pour le Canton et 20% pour la Ville, ce qui signifie en moyenne 80 fr. pour le Canton, 20 fr. pour la Ville et 7 fr. pour les parents. Actuellement, une place en crèche coûte entre 90 et 130 fr. par jour. Ce système de bon de garde peut durer jusqu'au début de la scolarité, soit pendant quatre ans. Les parents auront ensuite la possibilité d'inscrire leur enfant à l'École à journée continue.

Relever le défi de combler toutes les demandes d'encadrement pour les familles en fournissant des bons de garde, sans liste d'attente, est osé mais possible. Selon les calculs et les comparaisons faites dans les différentes villes, le fait de donner les mêmes conditions aux crèches publiques, aux crèches privés et aux familles d'accueil permet de répondre à toutes les demandes d'encadrement spécifique des familles et de leur assurer une certaine souplesse. Les bons de garde non plafonnés permettent l'intégration de tous les enfants, dès leur plus jeune âge, et assurent une socialisation harmonieuse aux enfants de toutes les conditions sociales. Il ne faut toutefois pas se leurrer. Le système des bons de garde sans plafonnement n'est pas une économie, ni pour le Canton, ni pour la Ville et les familles. Ils offrent une solution pour chaque enfant qui en a besoin et cela ce n'est pas rien. Ils permettent aux parents de pouvoir travailler sereinement. Une attente des parents sera ainsi comblée. La Ville va aussi gagner en attractivité. Il n'y a, à notre connaissance, que peu de villes qui offrent un système de garde aussi performant et il faut aussi le saluer.

Dans un deuxième temps, il faudra bien sûr se pencher sur l'assurance de la qualité de l'offre, sans oublier la qualité du lieu, avec un espace de verdure, et la qualité de la formation du personnel, mais aussi de bonnes conditions salariales. Le Groupe PSR est favorable aux bons de garde non plafonnés.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Auch die Fraktion GLP+ stimmt in das allgemeine Halleluja der Betreuungsgutscheine mit ein. Die Vorlage soll wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, umgesetzt werden. Würde das heutige System funktionieren, müsste nicht die Hälfte der nachfragenden Familien auf einen Krippenplatz warten. Für Biel ist die Umsetzung des Systems der Betreuungsgutscheine aus sozial-, gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen immens wichtig. Das neue System ist familienfreundlich und dies ist ein wichtiger Standortfaktor. Im Gegensatz zu Susanne Clauss vermute ich nicht, dass sich die Stadt Biel mit dem neuen System abheben kann. Der Kanton hat bereits vor einem Jahr die Gemeinden ermächtigt, das System einzuführen. Die privaten Kitas nehmen bereits heute Betreuungsgutscheine an. Dieses Modell muss die Stadt Biel umsetzen, will sie nicht nachhinken.

Ich äussere mich zu den Sorgen über die privaten Krippen. Sie vergessen, dass bereits heute ein reglementiertes System existiert. Die privaten Träger im Kanton Bern sind oft kleine Trägerschaften, die mit viel Herzblut agieren und ein stark nachgefragtes Bedürfnis befriedigen. Die Kette «Globegarden» gehört zu einer Handvoll gewinnorientierter Träger in der Schweiz.

Die Betreuungsgutscheine werden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigt. Die Fraktion GLP+ unterstützt die Änderungsanträge der GPK, ebenfalls denjenigen der SP/JUSO. Der Antrag von Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom ist jedoch unnötig. Bedenken Sie, dass die ganze Branche unter einem Fachkräftemangel leidet. Eine Bestimmung zu den Arbeitsbedingungen braucht es da nicht.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal pour sa bonne préparation du dossier. La solution des bons de garde offre plusieurs avantages. Il s'agit d'une solution libérale permettant aux parents le choix entre des crèches publiques et privées. Cette concurrence permet une augmentation de la qualité et incitera le secteur public à garder ses coûts sous contrôle. À moyen terme, il n'y aura plus de listes d'attente et de nouveaux emplois pourront être créés avec ce nouveau marché. La suppression de la liste d'attente permettra également à plus de femmes de rejoindre plus vite le marché du travail, même pour un travail partiel de moins de 20%. La solution des bons de garde permettra également une plus grande mixité sociale dans les crèches. Il s'agira tout de même de garder les coûts sous contrôle. Le Groupe PRR soutient la proposition du Conseil municipal.

Heiniger Peter, PdA: Lena Frank hat bereits erwähnt, dass gewisse Unterschiede zwischen privaten und städtischen Kitas bestehen. Qualitätsstandards und Arbeitsbedingungen für Kitas sollen angeglichen werden. Ich bin selber Vater zweier Kinder und habe die Kitasituation erlebt. Der **Änderungsantrag Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom** zielt auf die Gleichbehandlung von städtischen und privaten Kitas. **Art. 2 des Reglements ist zu ergänzen mit Abs. 3 (neu): «In Bezug auf die städtische Kostenbeteiligung stellt die Stadt sicher, dass private Kitas mindestens die städtischen Qualitätsstandards sowie die städtischen Arbeitsbedingungen erfüllen und führt dies bezüglich regelmässige Überprüfungen durch».**

Im Kinderbetreuungsbereich marktwirtschaftliche Bedingungen hinzunehmen, kann nicht sein. Die Arbeitsbedingungen in privaten Kitas sind zum Teil schlecht. Oft sind dort lebenswerte PraktikantInnen zu einem tiefen Lohn und schlechten Vorsorgeleistungen tätig. Die Antragstellenden wollen gleiche Bedingungen für alle. Im Bericht des Gemeinderats ist aufgeführt, dass zwei Drittel der Kitas privat geführt sind. Die Stadt verfügt nicht nur über zu wenig Kitaplätze, sondern auch über zu wenig Schulraum. Was läuft in der Stadt Biel falsch? Der Antrag ist nicht linksradikal, sondern vernünftig. Wir verlangen, dass die Stadt Biel ihre Verantwortung wahrnimmt und eine Kontrollfunktion übernimmt, um Wildwuchs zu verhindern. Die Bereiche Wohnen im Alter und die Betreuung der Kinder im Vorschulalter unterliegen einem grossen Wachstumsmarkt. Der wachsenden Bevölkerung muss verantwortungsvoll begegnet werden. Der Gemeinderat macht hier seine Arbeit nicht sauber. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom.

Sutter Andreas, FDP: Ich gehe auf die Kernaussage von Herrn Heiniger ein. Haben Sie verstanden, was er gesagt hat? Er sagte, dass es fragwürdig sei, wenn Kindererziehung heute im privaten Bereich erfolgt und begründet damit seinen

absurden Antrag. Auch die GPK, Frau Tanner, irrt sich. Die GPK beantragt, das System der Betreuungsgutscheine in einem Jahr evaluieren zu lassen. Hat sich die GPK mit den Voraussetzungen für das Führen einer Kita auseinandergesetzt? Es braucht dazu eine kantonale Bewilligung. Das Bewilligungsverfahren dauert zwischen 12 bis 24 Monate. Sie müssen ein Raum-, ein Betreuungskonzept, ein pädagogisches, ein Hygiene- und Ernährungskonzept erarbeiten und mitliefern. Sie müssen alles, inklusive dem Businessplan im ersten Betriebsjahr evaluieren. Erst wenn diese Voraussetzungen alle erfüllt sind und der Businessplan eingehalten wird, gibt es Bundessubventionen an den Kanton. Was Herr Heiniger will ist eigentlich verkehrt. Die privaten Kitas müssen alle diese Bedingungen bereits heute erfüllen. Die öffentlichen Kitas in Biel hingegen erfüllen diese Vorgaben wahrscheinlich nicht. Um den kantonalen Beitrag an den Betreuungsgutscheinen geltend machen zu können, braucht es auch für die städtischen Kitas eine Betriebsbewilligung.

Meine diesbezügliche Frage an den Gemeinderat wurde nicht beantwortet. Ich stelle sie deshalb heute nochmals. Sind die Bewilligungen beim Kanton beantragt und werden diese rechtzeitig erteilt? An die VorrednerInnen, die Bedenken bezüglich der Löhne und der Qualität geäußert haben, stelle ich folgende Frage: Haben Sie im Bericht des Gemeinderats gelesen, dass die Kitas mit CHF 107 pro Betreuungstag und pro Kind entschädigt werden? Es ist sehr wahrscheinlich, dass die städtischen Kitas mit diesem Betrag nicht auskommen. Mir wurde dies auch bereits seitens der Stadtverwaltung bestätigt.

Die Zahlen im Bericht entsprechen nicht der Wahrheit. Ausgeblendet sind die Liegenschaftskosten. Bis zum 1. August 2020 sollen 300 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden. Diese Zahl stimmt ebenfalls nicht. 300 Kinder brauchen nicht die ganze Woche über einen Ganztagsplatz, die Hälfte der Anzahl könnte ausreichen. Wer soll denn die 300 Plätze bis zum 1. August 2020 bereitstellen? Das Bewilligungsverfahren dauert ein Jahr oder mehr. Die Zeit reicht also nicht aus. Wieso legt der Gemeinderat das Geschäft erst jetzt vor? Wie will der Gemeinderat das neue System einführen und wie will er die im Bericht gemachten Versprechen einhalten? Ich bitte Sie ausserdem, den Antrag von Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom abzulehnen. Die Evaluation müssen auch die städtischen Krippen durchführen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Passerelle wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Die Bewilligungen werden durch den Kanton vergeben und sind reglementiert. Die Anträge der GPK und der Fraktion SP/JUSO unterstützen wir.

Koller Levin, JUSO: Ich spreche für die JUSO. Für uns ist klar, dass jedes Kind in der Stadt Biel soll einen subventionierten Kitaplatz erhalten soll. Mit dem vorliegenden Entwurf wird diese Forderung nach einem jahrzehntelangen Kampf erfüllt. Insbesondere Frauen leisten heute immer noch einen grossen Teil der unbezahlten Care-Arbeit und werden nun mit dieser Vorlage entlastet. Eine gerechtere Aufteilung der Hausarbeit wird erleichtert und das lange Warten der Eltern auf einen subventionierten Kitaplatz hat endlich ein Ende. Dies sind wichtige Schritte für die Gleichstellung. Mit dieser Vorlage wird das System der Betreuungsgutscheine eingeführt. Ein System, für welches wir uns hier in Biel nicht entschieden haben. Dieses System wird vom Kanton aufgezwungen. Die Stadt Biel muss das System der Kinderbetreuung auf eine vorgegebene Weise organisieren.

Die Auswirkungen des neuen Systems sind absehbar:

- Die neuen Rahmenbedingungen werden die Bildung von Kita-Ketten befeuern. Frau Gurtner-Oesch, heute gibt es in Biel noch keine solche Kita-Kette. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis solche Kita-Konzerne auch hier Kapitalrenditen erwirtschaften wollen. Der Profit- und Konkurrenzdruck führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Kitas, wie Lena Frank und Susanne Claus bereits erwähnt haben.
- Mit den Betreuungsgutscheinen wird ein zentraler Bestandteil des Service public auf lange Sicht privatisiert. Die städtischen Betriebe werden mit ihren besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen einen Konkurrenznachteil haben. Damit werden wichtige gesellschaftliche Aufgaben, wie die Kinderbetreuung der demokratischen Kontrolle entzogen. Der Bieler Stadtrat kann nicht mehr regulierend eingreifen und keine Bedingungen an die Subventionierung der Kitas mehr stellen.
- Schlussendlich wird mit dem System der Betreuungsgutscheine die Preisgestaltung der Kitaplätze liberalisiert. Gibt es eine zu grosse Nachfrage und ein zu geringes Angebot werden die Preise steigen. Arme Familien werden sich unter Umständen trotz Gutscheinen einen Kitaplatz nicht mehr leisten können. Die Preise werden generell ansteigen. Das Risiko von nicht besetzten Plätzen, beziehungsweise nicht geleisteten Betreuungsstunden fällt mit dem System der Betreuungsgutscheine auf die Anbieter und wird auf die Eltern überwältigt. Vor allem ärmere Eltern werden dies spüren.

Statt dass die öffentliche Hand in ausreichend Kitaplätze und damit in den Service public investiert, werden diese Leistungen privatisiert. Statt mit Steuergeldern städtische Betriebe aufzubauen, werden sie allen Marktteilnehmenden angeboten und tragen zu Profiten von Kita-Ketten bei. Statt mit ganzheitlichen Konzepten die Gleichstellung zu erreichen, wird mit dem System der Betreuungsgutscheine die Gleichstellung in einem Bereich auf Kosten der Frauen erreicht, deren Situation sich dadurch verschlechtert.

Dies entspricht nicht den Vorstellungen der JUSO. Trotzdem werden wir der Vorlage zustimmen. Der Stadtrat kann heute nur darüber abstimmen, ob die Kinderbetreuung weiterhin subventioniert wird oder nicht. Der Gemeinderat macht das Bestmögliche aus der Situation, indem er die Kinderbetreuung unlimitiert subventionieren möchte. Selbstverständlich stimmt die JUSO auch dem Antrag von Peter Heiniger / Dana Augsburg-Brom zu.

Augsburger-Brom Dana, SP: Den Antragstellenden sind die Kitas in der Stadt Biel wichtig. Wichtig ist ausserdem, dass genügend Plätze in guter Qualität zur Verfügung stehen. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht auf Seite 4: «*Die Betreuungskosten werden von den Eltern, der Stadt und dem Kanton getragen*». Die Eltern wählen die Kita aus. Der Kanton hat ein System aufgebaut, erlässt die Richtlinien und erteilt die Bewilligungen. Die Stadt beteiligt sich an den Kosten. Die Antragstellenden verlangen, dass sich die Stadt auch zur Qualität äussert. Für die Kostenbeteiligung der Stadt soll ein Qualitätsstandard gewährleistet werden. Damit ist für die Eltern klar, dass in jeder Kita der Stadt Biel der gleiche Qualitätsstandard und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten. Mit dieser zusätzlichen Forderung stimmen die Antragstellenden dem vorliegenden Entwurf zu.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich komme auf die Schwarzmalerei von Levin Koller zurück. Die Befürchtung, dass Kita-Konzerne die Stadt Biel fluten scheint unbegründet. Diese treten nur nach einer Marktanalyse in ein neues Geschäftsgebiet ein, ausserdem

gibt es in der Schweiz nicht viele solcher Kita-Ketten. Ohne genügend Personal, kann keine Kita betrieben werden. Ein allfälliger Nachteil könnte sich für Eltern aus dem Mittelstand ergeben. Ein Betreuungsplatz ohne Gutschein ist nach wie vor sehr teuer. Verbesserte Bedingungen verteuern auch jeden Krippenplatz.

Gugger Reto, BDP: Die Fraktion FDP stellt den folgenden Änderungsantrag im Beschlussesentwurf unter II, Ziffer 1: «...**wiederkehrende Ausgabe in der Höhe von 2'300'000 Franken pro Betriebsjahr Jahr (streichen) bewilligt**». Das Betriebsjahr fängt im August an. Es macht keinen Sinn, für das erste Jahr, das nur 5 Monate dauert, den Gesamtbetrag von 2,3 Mio. zu nennen. Die Neuformulierung würde mögliche Missverständnisse beseitigen.

Ich habe die kantonale Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV; BSG 860.113) gelesen. Dabei ist mir aufgefallen, dass die Zuständigkeit für die Kontrollen klar geregelt ist. Der Kanton nimmt diese Aufgabe wahr, Doppelspurigkeiten durch die städtischen Behörden sollen - auch aus Kostengründen - vermieden werden. Ich habe jedoch nichts darüber gefunden, wie im neuen System bei getrennt lebenden oder geschiedenen Eltern vorgegangen wird. Vielleicht kann mir Direktor Cédric Némitz dazu Auskunft geben. Hier sollte Klarheit geschaffen werden, damit sich Alleinerziehende nicht einen Vorteil verschaffen können, indem sie die Betreuungsgutscheine zweimal beziehen.

Grupp Christoph, Grüne: Ich mache darauf aufmerksam, dass zu einer gut geführten Debatte in der der Politik die Offenlegung der Interessenbindungen gehört. Besten Dank.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Le soutien aux enfants et aux familles n'est pas un luxe mais bien une chance pour la société. Cela a été aussi rappelé par la représentante de la Commission de gestion. Il s'agit aussi d'une chance pour l'économie. La conviction du Conseil municipal est que ce soutien est clairement une chance pour les familles, pour l'attractivité, pour l'intégration, le développement social, la capacité cognitive et relationnelle des enfants. Le Conseil municipal a souhaité que cette chance puisse enfin être accessible à toutes et tous. C'est une décision d'équité qui est prise ce soir. C'est la fin des listes d'attente, que nous toutes et tous attendons depuis longtemps. C'est donc une révolution qui se profile, un vrai changement de système, de financement, d'organisation et cela suscite évidemment beaucoup d'incertitudes.

Aujourd'hui le Conseil municipal vous présente un rapport qui été élaboré par mes collaborateurs et collaboratrices, que je remercie pour leur travail. Il est vrai que nous n'avons pas de garantie quant au développement de ce système, car nous sommes dans une libéralisation. Les familles vont pouvoir choisir les responsables de crèches et les établissements d'accueil publics vont devoir jouer leur rôle. On va donc, à partir de l'été prochain, se mouvoir dans un nouveau système. Cela sera intéressant et je vois certaines personnes sourire, ce soir, à l'idée de cette nouvelle organisation. Il est donc impossible de répondre, ce soir, à toutes les interrogations justifiées que vous avez émises. Cette réforme reste une inconnue.

Le Conseil municipal vous propose un règlement qui permet de lancer la gestion de ces bons de garde et il vous demande d'approuver un crédit, afin de permettre le lancement de ce système. C'est un investissement et non un luxe. Le Conseil municipal vous remercie de répondre favorablement, pour l'avenir de la Ville. Je vais essayer de

répondre aux nombreuses questions posées. Je vais les prendre dans l'ordre car je n'ai pas réussi à faire des paquets, c'était compliqué. Vous m'excuserez, je vais voir pour ne pas être trop long, Monsieur le Président.

Le Conseil municipal pense, en toute honnêteté, qu'il y aura assez de places. Les experts, qui ont observé ce qui s'est passé à Berne durant leur projet pilote, estiment que la Ville de Bienne devrait avoir assez de places disponibles, mais là encore, il est impossible de savoir combien de personnes extérieures à la Ville pourront utiliser ces bons, qu'elles auront acquis dans une autre commune du Canton. Il est aussi impossible de prévoir le nombre de bons acquis à Bienne, mais qui seront utilisés dans d'autres communes bernoises. Toutefois, et en toute honnêteté, la Ville devrait pouvoir assumer l'ensemble des besoins.

La capacité d'inscription des familles est une vraie préoccupation, car le système actuel demande à remplir un formulaire digne de celui qui est rempli pour les impôts (justification des revenus, dettes, frais, etc.). Deux postes de travail supplémentaires ont été prévus provisoirement afin de pouvoir débiter ce travail et le gérer. Ensuite, ils seront réévalués afin de s'assurer de leur utilité. Il est toutefois clair que la totalité de ces deux postes ne sera pas supprimée. En effet, le Canton a transféré des tâches à la Ville, sans financement. Il faudra bien les assumer et créer quelques pourcentages de postes.

Je mets toujours à côté le mot «privatisation» et le mot «concurrence». Il est clair que nous allons entrer dans un système de concurrence. Ce système assure-t-il la qualité? Je pense que c'est notre souci à toutes et tous. Il est important que la qualité soit maintenue pour les enfants, les parents mais aussi pour les collaboratrices et collaborateurs. La concurrence peut avoir pour effet de mettre la pression sur les prix et, quand cela se passe, on rogne souvent sur les salaires et les conditions de travail. Cela risque de se passer et le Conseil municipal est préoccupé. Il souhaite relever le défi dans les crèches municipales. Ce défi sera important aussi pour les crèches privées et il faut en être conscient. Le Conseil municipal partage donc les inquiétudes du Conseil de ville.

L'accueil des enfants dans les écoles à journée continue est prévu en prenant en compte l'âge des enfants. Les petits seront séparés des grands et il ne devrait pas y avoir de préoccupation à ce sujet-là.

Le financement à long terme n'est absolument pas garanti. Le libéralisme a des limites. En effet, le Canton a déjà annoncé que si cela ne fonctionnait pas comme prévu, il couperait les subventions. Il est clair que le Conseil municipal est dans la même logique, car une évaluation financière devra être faite et des décisions devront être prises en temps opportun. La Confédération s'engage aussi, mais pour un délai limité et la Ville compte sur le Canton pour faire les demandes nécessaires afin de garantir les fonds.

Je reviens sur la privatisation du nouveau système. J'ai fait mention des nuages qui peuvent inquiéter la Ville, mais il faut reconnaître que ce nouveau système a un grand avantage. En effet, dès 2020, 5 millions de fr. seront mis à disposition de la petite enfance chaque année, respectivement 1 million de fr. par la Ville et 4 millions de fr. par le Canton. C'est tout de même un progrès social de la part du Canton et de la Ville qu'il convient de saluer. L'ensemble des crèches devraient ainsi pouvoir se développer.

Alléluia, Madame Gurtner-Oesch, je souhaite vous faire une petite remarque, car dans le passé, vous doutiez que le Conseil municipal soit prêt à temps pour la réforme. Je souhaite donc dire que la Ville de Bienne fait partie des toutes premières communes à introduire cette réforme. Il y a quelques temps, une personne m'a raconté que la crèche Bubenbergrasse était privée et était devenue publique. Dans l'histoire, il y a aussi des passages entre le privé et le public. Des collaborations fructueuses ont été développées avec les crèches privées. On espère que cet état d'esprit puisse se poursuivre à l'avenir.

Le Conseil municipal a beaucoup de compréhension pour la préoccupation exposée dans les propositions du POP. Le problème est que la tâche de surveillance, celle d'édicter l'exigence de qualité, revient au Canton. Le Conseil municipal est bien évidemment toujours prêt à le rappeler au Canton. Il le fait déjà concernant le maintien de la qualité au sein des crèches privées. C'est un immense travail effectué par le Canton pour suivre ces crèches, et cela n'est pas toujours fait de manière satisfaisante. Dans ce sens-là, l'article proposé par le POP devrait être édicté dans les lois cantonales. Je fais appel à vous en vous proposant de faire élire Monsieur Heiniger au Grand-Conseil, afin qu'il puisse faire valoir cette exigence.

Qu'est ce qui ne fonctionne pas dans cette Ville? Il me semble qu'il y a assez de locaux pour accueillir les élèves chaque année. Il n'y a pas de tragédie. Le travail et les besoins sont assurés.

Monsieur Sutter, le Conseil municipal n'a pas trafiqué les chiffres. J'entre un peu dans le détail et je m'en excuse. Les 107 fr. représentent le financement prévu par le Canton. En aucun cas le Conseil municipal ne dit que c'est ce que vont coûter les crèches publiques à l'avenir. Il ne parle d'ailleurs pas de ce sujet dans son rapport, étant donné que cela fait l'objet d'un travail au sein de l'Administration. C'est un défi de savoir comment va se faire la gestion. J'aimerais encore vous signaler que la Ville de Berne finance un montant supplémentaire de 10 fr. pour toutes les journées, dans toutes les crèches, qu'elles soient publiques ou non. Il s'agit d'un financement supplémentaire que s'offre la Ville de Berne. Ceci pour vous expliquer qu'il est fort probable que les parents devront davantage financer leur place en crèche que maintenant, même si le nombre de places sera plus important. Le système ne représentera pas forcément un rabais pour l'ensemble des personnes qui en bénéficient.

Je prends encore la proposition du Groupe FDP sur le «Betriebsjahr». La décision qui est demandé au Peuple est de mettre à disposition le financement pour fonctionner. Il s'agit de 2,3 millions de fr. (1,3 million de fr. jusqu'à présent).

Je termine avec les propositions de modification de la Commission de gestion qui nous semblent tout à fait judicieuses. Le Conseil municipal peut recommander au Conseil de ville d'accepter ces modifications.

Cadetg Leonhard, FDP: Es liegt ein Ordnungsantrag vor.

Ordnungsantrag

Sprenger Titus, Passerelle: Ich bitte den zuständigen Gemeinderat sich noch zum Antrag der Fraktion SP/JUSO betreffend den Begriff «Erziehungsberechtigte» zu äussern.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je réponds volontiers, mais je n'ai pas compris où se trouve ce «Erziehungsberechtigte». Il faut m'aider, je l'avoue (*des explications sont données*). Je vous remercie de m'avoir expliqué toutes ces nuances. Tout ce que je peux dire, c'est que le terme «Erziehung» est plus approprié que «Familien» ou «Eltern».

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich würde nicht hier nach vorne kommen, wenn es nicht wichtig wäre. Es geht um den Antrag von Herrn Heiniger und mir. Es hat mich irritiert, wie damit umgegangen wird. Frau Gurtner-Oesch wies beispielsweise darauf hin, dass eine Erhöhung der Vorgaben für Kitas dazu führen würde, dass die Krippenplätze noch teurer würden. Heisst das, dass die Vorgaben nicht genügen? Unser Antrag geht nicht von dieser Konstellation aus. Die städtischen und privaten Kitas sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der Gemeinderat befürchtet auch, dass sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas durch den verstärkten Wettbewerb verschlechtern könnten. Der Stadtrat kann die Qualität und die Arbeitsbedingungen heute definieren. Wer sollte etwas gegen die Gleichbehandlung aller Kitas haben?

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Entschuldigung, wenn ich noch einmal das Wort ergreife. Christoph Grupp hat die Offenlegung der Interessenbindungen verlangt. Als Stabschef im Bundesamt für Kommunikation habe ich die Kitaplätze für die Angestellten ausgehandelt. Für die Aushandlung spezieller Tarife habe ich mich detailliert mit den Betriebszahlen der Kita auseinandergesetzt. Ich bin Gesellschafter der Kita Fairy GmbH in Biel und vierfacher Grossvater. Alle Enkelkinder besuchen eine Kita.

Ich habe Direktor Némitz eine Frage gestellt: Hat die Stadt ein Bewilligungsgesuch eingereicht und wurde dieses gutgeheissen? Vielen Dank für die Antwort.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je suis vraiment désolé mais je ne comprends pas la question et il m'est donc difficile de vous répondre.

Sutter Andreas, FDP: Pour créer une crèche privée, il faut demander une autorisation d'exploitation. Il s'agit d'un formulaire standardisé dans lequel il faut déclarer tous les postes, les salaires du personnel, le concept, et disposer d'un business plan avec un financement sur cinq ans. Cette procédure dure de 12 à 18 mois à partir du dépôt de cette première demande. Si la Ville de Bienne veut continuer ainsi, la demande pour les crèches de la Ville aurait déjà dû être déposée depuis un moment. Je souhaite donc savoir si une telle demande a été déposée et, si oui, a-t-elle été autorisée?

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: J'aurais été content d'avoir ce genre de questions surprises un peu avant la séance afin de pouvoir travailler sérieusement. J'apprends que la Ville doit entreprendre des démarches supplémentaires concernant l'introduction du système des bons de garde. Je ne suis pas informé qu'il faille refaire des demandes d'autorisation d'exploiter pour les crèches de la Ville. Cette information va évidemment être vérifiée et on pourra en discuter à nouveau. Je viens d'avoir confirmation que c'est une nouveauté pour l'Administration et le Conseil municipal.

Abstimmungen

- über den Antrag Peter Heiniger / Dana Augsburger-Brom Art. 2 im Reglement zu ergänzen mit Abs 3 (neu)

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Fraktion FDP im Beschlussesentwurf Ziffer II Abs. 1 den Begriff «pro Jahr» zu ersetzen mit «pro Betriebsjahr»

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. Oktober 2019 betreffend «Einführung Betreuungsgutscheine in der Stadt Biel / Reglement / Wiederkehrende Ausgabe», gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 1 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) mit 51 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung:

I. Das Reglement über die Betreuungsgutscheine wird genehmigt.

II. Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Biel wird der folgende Gemeindebeschlussesentwurf zur Annahme empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Einführung der Betreuungsgutscheine – Wiederkehrende Ausgabe» gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe e der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Für den Selbstbehalt der Stadt für die Finanzierung der Betreuungsgutscheine wird eine wiederkehrende Ausgabe in der Höhe von 2'300'000 Franken pro Betriebsjahr bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Abstimmung

Botschaft

- Gegenüberstellung der Anträge der GPK und der SP/JUSO über die Begriffe «Familienmitglieder» gegen «Erziehungsberechtigte» im Argument dafür der Botschaft

Der Antrag der SP/JUSO obsiegt. Im ersten Argument dafür in der Botschaft wird der Begriff «Erziehungsberechtigte» aufgeführt.

Der Antrag der GPK für ein zusätzliches Argument dafür in der Botschaft wird stillschweigend genehmigt wie folgt: «Die Subventionen vom Kanton können nur durch die Einführung der Betreuungsgutscheine sichergestellt werden».

III. Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Frank Lena, GPK: Über den Antrag der GPK, nach einem Jahr eine Evaluation vorzunehmen, wurde noch nicht abgestimmt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Dies wäre ein zusätzlicher Punkt IV zum Beschlussesentwurf. Der Gemeinderat würde nach einem Jahr ab Einführung der Betreuungsgutscheine Bericht erstatten.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: J'ai dit qu'une évaluation serait faite. Je comprends le besoin de la Commission de gestion que j'ai entendu tout à l'heure. J'essaie de parler et de réfléchir en même temps et cela n'est pas simple. Je doute de pouvoir faire le bilan de la pratique sur une année. Je suis content, je vois que l'on est d'accord sur cette pratique avec Monsieur Sutter. Je comprends que la durée de deux ans puisse paraître longue pour le Conseil de ville, mais je pense que c'est mieux ainsi. Je pense que le Conseil municipal serait d'accord avec moi pour envisager également deux ans.

Wiederkehr Martin, SP: Ich stelle den Gegenantrag, die Evaluation frühestens nach 2 Jahren vorzunehmen.

Frank Lena, GPK: Die GPK zieht ihren Antrag zurück und ist mit einer Frist von 2 Jahren einverstanden.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Wiederkehr

Der Antrag wird angenommen.

- IV. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat zwei Jahre nach der Einführung der Betreuungsgutscheine Bericht zu erstatten.

218. 20180038 Neumarktstrasse / Erneuerung der Brücke über den Schüsskanal / Verpflichtungskredit

219. 20190361 Neumarktstrasse (Oberer Quai Süd – Alexander-Schöni-Strasse) / Werkleitungserneuerungen und Strassengestaltung / Verpflichtungskredit

220. 20190363 Neumarktstrasse / Gesamterneuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung mit dem oberen Quai / Verpflichtungskredit

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die drei Geschäfte werden einzeln beraten und abgestimmt. Wortmeldungen sind auch zu allen drei Vorlagen gemeinsam möglich.

Gonzalez Glenda, au nom de la Commission de gestion: En suivant les recommandations du Président, la Commission de gestion (CDG) a, en effet, étudié les

trois rapports en un. Donc, je prends la parole pour les trois objets et je n'y reviendrai pas systématiquement. Ils ont été traités ensemble car ils concernent le même périmètre. Les différents rapports sont clairs et les arguments exposés nous paraissent évidents et cohérents. Plusieurs contraintes apparaissent, mais la Direction des travaux publics semble en tenir compte dans les arguments qui sont évoqués. La CDG estime qu'il est important de concentrer au maximum la durée des travaux. Il est aussi important pour la CDG que le flux du trafic ait été considéré et qu'il puisse être maintenu afin d'assurer la transition nord-sud de la Ville.

La Commission de gestion souhaiterait que les montants qui sont portés à la planification des investissements correspondent, au plus près, aux crédits d'engagement demandés et également aux décomptes finaux. En effet, de grosses fluctuations apparaissent entre les planifications, les crédits et finalement les décomptes. Ceci, est évidemment compréhensible en matière de construction, car il y a beaucoup d'impondérables.

La CDG s'est demandé pourquoi ces trois objets n'avaient pas été présentés en un seul rapport, étant donné qu'ils concernent le même périmètre. À cette question, la Directrice des travaux publics a apporté une clarification. Selon la Chancellerie, les trois affaires ont été inscrites séparément à la planification des investissements. Il est donc correct de les traiter séparément.

La CDG trouve que le délai entre le moment où le Conseil de ville a reçu les rapports, celui où il doit se prononcer et le moment de la mise en oeuvre des travaux est relativement court. Étant donné que les travaux doivent se dérouler et se terminer dans l'année qui vient, cela nous semble un peu ambitieux. Là encore, la CDG a été rassurée car il semble que les délais pourront être tenus. Suite à ces remarques et aux réponses que nous avons obtenues de la Direction des travaux publics, nous vous recommandons d'accepter la proposition du Conseil municipal pour les trois affaires.

Epper Bettina, Fraktion Grüne: Ich fasse mich kurz und äussere mich zu allen drei Geschäften. Die Fraktion Grüne möchte verhindern, dass eine Brücke wegen zu hoher Belastung einstürzt oder durch Hochwasser weggerissen wird. Wir wollen auch verhindern, dass die Lichtsignalanlage am Oberen Quai ausfällt, weil sie alt ist und keine Ersatzteile mehr erhältlich sind, was zu einem Verkehrschaos führen würde. Wir möchten auch nicht, dass Velos an der Nordseite des Schüsskanals weiterhin nur in eine Richtung fahren dürfen. Ich denke, dies sind, nebst der verbesserten Sicherheit für FussgängerInnen, gute Gründe um die Gelder für die drei Projekte im Umfeld der Neumarktstrasse zu sprechen. Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat für seinen ausführlichen Bericht und wird allen drei Geschäften zustimmen.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR remercie le Conseil municipal pour la qualité des rapports présentés. Nous avons longuement discuté des trois dossiers liés à la rénovation du pont sur le canal de la Suze à la rue du Marché-Neuf. Le Groupe PSR accepte les crédits d'engagement annoncés pour les trois objets et note avec satisfaction que le Conseil municipal profite des travaux liés à la rénovation du pont pour effectuer le renouvellement des conduites industrielles et celui des feux de signalisation.

Nous avons noté plusieurs points qui parlent en faveur du soutien à ces crédits d'engagement. La rue du Marché-Neuf est prioritaire et figure au registre cantonal des routes pour les transports exceptionnels. Cette route est utilisée par les services du feu

et les ambulances. Le pont date de 1952. Un assainissement serait certes envisageable, mais le pont doit garantir de supporter un poids de 50 tonnes, ce qui n'est pas le cas actuellement. Il doit également répondre aux exigences en cas de crues. L'avantage est qu'il sera élargi, tout comme les trottoirs. Une norme de sécurité supplémentaire est prévue pendant les travaux. En effet, une passerelle sera construite pour les piétons pour passer d'une rive à l'autre. Les conduites d'ESB, de Swisscom, de Cablecom et d'autres seront aussi renouvelées. Les installations électriques seront remplacées par des équipements moins énergivores. Cela parle en faveur d'une amélioration au niveau écologique. Cet assainissement permettra aussi aux Transports publics biennois (Tpb) d'utiliser la technologie d'annonce radio dont les bus vont de plus en plus pouvoir disposer.

Il y a quelques semaines, le Conseil de ville a pu prendre connaissance d'un document qui s'appelle «Stratégie globale de mobilité 2040». Les modifications proposées par rapport à la circulation cycliste en tiennent compte. Les passagers à mobilité réduite des Tpb pourront également bénéficier d'améliorations. En effet, l'arrêt de bus de la rue des Diamants sera réaménagé afin de correspondre aux exigences de la loi en vigueur pour les personnes à mobilité réduite. La planification tient compte de beaucoup d'éléments et permettra de garder une voie de circulation ouverte, réglée par des feux provisoires, sauf pendant la pose du nouveau pont. Nous avons cependant quelques remarques et questions à poser:

- Comment les désagréments comme le bruit seront-ils gérés, compte tenu de la présence juste à côté du complexe scolaire du Marché-Neuf?
- Les murs des bâtiments dudit complexe présentent des lézardes. De quelle façon en est-il tenu compte? En effet, les travaux prévus peuvent avoir des conséquences aggravantes sur ces murs.
- Le trafic sera dévié, mais cela ne risque-t-il pas d'augmenter considérablement le passage de véhicules à la rue de la Loge et, donc, d'avoir des conséquences sur la sécurité des piétons, des cyclistes et des élèves de l'école du Marché-Neuf? La question est la même par rapport à la rue du Jura. Finalement, ne risque-t-on pas d'avoir des conséquences négatives sur les parcours de déviation prévus?

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je ne vais pas relire tout le document. Madame Vlaiculescu-Graf l'a fait pour nous et je l'en remercie. Le Groupe UDC/Les Confédérés a pris note des trois sujets dont nous discutons et remercie le Conseil municipal pour ses rapports. Beaucoup de choses ont déjà été dites, notamment au sujet de la protection contre crues et des problèmes liés à la sécurité. Le Groupe UDC/Les Confédérés est d'avis que ces trois sujets doivent être réalisés.

Je demande au Conseil municipal de tenir compte de la problématique de cet axe routier, notamment pour les services de secours. La circulation sera garantie sur une voie à la rue du Marché-Neuf durant toute la durée du chantier. Il est important de faire attention à ce que cette voie soit en tout temps utilisable pour les services de secours.

Concernant le contenu et le financement, nous sommes d'avis qu'il faut soutenir ces trois affaires.

Külling Urs, Fraktion SP/JUSO: Es wurde bereits vieles gesagt. Ich beschränke mich auf zwei Aspekte:

1. Die Kosten für die Erneuerung der Brücke: Verglichen mit den kürzlich erneuerten Brücken an der Gottstattstrasse und der Gartenstrassen sind die Kosten im

vergleichbaren Rahmen. Die Renovation der Brücke an der Jurastrasse war circa CHF 1 Mio. teurer. Die Fraktion SP/JUSO wird die drei Vorlagen einstimmig unterstützen. Die Lebensdauer der Brücke an der Neumarktstrasse betrug jeweils 60 beziehungsweise 70 Jahre. Die neue geplante Brücke wird besser in die Umgebung integriert. Sie wird breiter und nimmt das Strassenprofil im Süden auf. Die beiden Trottoirs werden verbreitert und stehen in Bezug zu den anschliessenden Trottoirs.

2. Die Erneuerung des Zentralplatzes steht gemäss Auskunft der Stadtverwaltung für 2021/2022 an und wird mit ungefähr CHF 4,5 Mio. zu stehen kommen. Ich würde es begrüßen, wenn solche Projekte dem Stadtrat frühzeitig zur Prüfung vorgelegt werden.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird den vorliegenden Geschäften zustimmen. Warum musste bei der Gartenstrasse als Hochwasserschutzmassnahme eine um 30 cm erhöhte, hässliche Konstruktion in den Schüssraum vorgenommen werden? Bei der Jurastrasse wurden keine solchen Schutzmauern gebaut, wahrscheinlich kommt die Schüss dort weniger hoch. Für den vorliegenden Verpflichtungskredit an der Neumarktstrasse hat sich die Fraktion FDP deshalb an das Amt für Hochwasserschutz (Tiefbauamt des Kantons Bern Dienstleistungszentrum Grundlagen Wasserbau) gewandt. Warum diskutiert der Stadtrat jetzt über dieses Geschäft wenn die Bauarbeiten bereits angefangen haben?

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! dankt dem Gemeinderat für die 3 vorliegenden Berichte. Insbesondere schätzt die Fraktion Einfach libres! das gewählte Vorgehen einer gemeinsamen Erneuerung. Die Belastung für die Anwohnenden und die VerkehrsteilnehmerInnen wird dadurch reduziert. Ebenso plausibel erscheint die daraus resultierende Kostenreduktion. Die Fraktion Einfach libres! hätte sich aber gewünscht, dass die Kosteneinsparung im Bericht des Gemeinderats aufgeführt wird. Ungeachtet dessen wird die Fraktion Einfach libres! allen drei Geschäften mehrheitlich zustimmen.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Auch ich spreche zu allen drei Geschäften. Die Fraktion GLP+ wird alle drei Geschäfte annehmen. Die Renovierung der Brücke ist notwendig. Die Frage des Hochwasserschutzes ist berechtigt. Die Brücke ist eine potentielle Engstelle bei Hochwasser. Zu den verkehrlichen Auswirkungen habe ich zwei Bemerkungen:

1. Die Fraktion GLP+ nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Obere Quai auf der Nordseite zwischen Neumarktstrasse und Jurastrasse künftig von Velos in beide Richtungen befahren werden kann. Dies ist ein wichtiger Schritt für den Veloverkehr und bedeutet, dass die städtische Hauptveloachse dem Schüsskanal entlang auch auf der Nordseite in beide Richtungen funktioniert.
2. Die Stadtverwaltung verspricht, dass der Verkehr während der Bauphase durchgehend in einer Richtung fließen kann. Wenn aber während eines Jahres auf dieser Hauptachse eine Einschränkung herrscht, sollte dann nicht zuerst die Brücke erneuert werden, bevor weitere innerstädtische Massnahmen umgesetzt werden und von verkehrlichen Einschränkungen betroffen sind?

Durch die Verbreiterung der Fahrbahn und dem erhöhten Mittelstreifen soll das Abbiegen erleichtert werden. Leider werden die seitlichen Velostreifen der Neumarktstrasse Süd auf der Brücke nicht weitergeführt. Der Gemeinderat schreibt, damit gut eingespart werden kann, wird auf der Brücke auf Velostreifen verzichtet. Diese Begründung ist für die Fraktion GLP+ nicht nachvollziehbar. Wir wünschen uns,

dass die Stadtverwaltung nochmals prüft, ob die Velostreifen nicht doch auf der Brücke weitergeführt werden können. Ein weiteres erfreuliches Gestaltungselement ist die neue behindertengerechte Bushaltestelle an der Diamantstrasse. Die Fraktion GLP+ wird alle drei Geschäfte annehmen.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich äussere mich zu zwei Punkten, die alle drei Vorlagen betreffen:

1. Zur Verkehrsführung während der Bauzeit halte ich fest, dass gegen die Sperrung der Aarbergstrasse Einsprachen vorliegen. Die Durchsetzung der Sperrung wird noch einige Zeit dauern. Unter 3.3.2 wird im Bericht des Gemeinderats zur Erneuerung der Brücke über den Schüsskanal (20180038) erwähnt, dass die Verkehrsführung durchgehend mindestens einspurig gewährleistet ist. Im letzten Satz dieses Absatzes steht aber: *«Ein grossräumiges Umleitungskonzept über die Achse Silbergasse / Schwanengasse / Jurastrasse soll grundsätzlich verhindern, dass die Neumarktstrasse während der Bauzeit durch den Durchgangsverkehr befahren wird»*. Für mich ist dies ein Widerspruch. Einerseits soll die Neumarktstrasse befahrbar bleiben, andererseits soll der Durchgangsverkehr umgeleitet werden. Kann die Baudirektorin bestätigen, dass die Neumarktstrasse offen bleibt?
2. Ich vertrete den TCS im beratenden Organ für Verkehrsfragen (BOV). An dieser Stelle danke ich dem Gemeinderat für die Aufnahme der Anregungen. Doch wenn das BOV seinen Aufgaben gerecht werden soll, reicht es nicht aus, wenn die Einladung zu einer Sitzung 10 Tage vorher eintrifft und keine Unterlagen vorliegen. Auf Nachfrage konnten die Pläne vor der Sitzung eingesehen werden. An der Sitzung erfolgten die weiteren Informationen mündlich, ohne Unterlagen. Eine Meinungsbildung ist so schwierig. Deshalb mein Wunsch, vor der Sitzung Unterlagen zur Verfügung zu stellen. In Art. 4 Abs. 3 der Verordnung über das beratende Organ für Verkehrsfragen (BOV; SGR 761.2) steht: *«Die Mitglieder des beratenden Organs müssen das Amtsgeheimnis wahren. Es gelten die Bestimmungen der Verordnung über gemeinderätliche Kommissionen»*.

Ich möchte der Baudirektorin mitteilen, dass sie dem BOV vertrauen kann. Dessen gemischte Zusammensetzung erlaubt auch eine breite Stellungnahme zum Motorisierten Individualverkehr (MIV).

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme und die Ausführungen zu den drei Geschäften. Die GPK beanstandet die grosse Differenz im Ausführungsprojekt gegenüber der Planung. Die Erneuerung der Brücke ist massiv günstiger als angenommen. Die Baudirektion ging zum Zeitpunkt der Investitionsplanung von einem ähnlichen Umfang wie bei der Jurastrasse aus. Die Baumeistersubmissionen wurden bereits durchgeführt. Für die Verpflichtungskredite Erneuerung der Brücke und Werkleitungen und Strassengestaltung sind die Anteile der Baumeisterarbeiten gross. Diese Kosten sind bekannt und deshalb bei den vorliegenden Berechnungen der Ausführungsprojekte genau.

Herr Strässler, Sie haben bemerkt, dass die Bauarbeiten begonnen haben, bevor der Verpflichtungskredit dem Stadtrat vorliegt. Zufälligerweise erneuert gerade jetzt der Energie Service Biel/Bienne (ESB) am Oberen Quai die Leitungen. Es handelt sich also nicht um die Baustelle der Baudirektion, sondern um diejenige des ESB. In den Unterlagen zum Verpflichtungskredit für die Werkleitungserneuerung und Strassengestaltung (20190361) ist ersichtlich, dass sich die Werkleitungen bei der

Brücke befinden. Selbstverständlich wird mit den Bauarbeiten erst nach dem Stadtratsbeschluss begonnen.

Frau Vlaiculescu-Graf hat ein paar Fragen gestellt. Störungen des nahen Schulbetriebs durch Lärm von der Baustelle werden leider nicht zu vermeiden lassen. Dies war mit ein Grund, die drei vorliegenden Bauprojekte möglichst zusammenzulegen.

Die Frage nach der Durchfahrt wurde von verschiedenen Stadtratsmitgliedern gestellt. Sowohl Fussgänger als auch Velos und Autos werden durchgehend von Süden nach Norden fahren können. Dies ist unter anderem für Ambulanzfahrzeuge wichtig. Heute geht der Gemeinderat nicht davon aus, dass die Baustelle zu Ausweichverkehr in den Quartieren führen wird. Die Kapazität auf der Neumarktstrasse ist sichergestellt.

Herr Sprenger fragte nach einer Berechnung der Kostenersparnis. Es wurden nicht beide Varianten genau durchgerechnet. Es kann von Einsparungen im Rahmen von CHF 80'000 bis CHF 100'000 ausgegangen werden. Offerten wurden nur für die Ihnen vorliegende Variante eingeholt.

Herr Briechle erkundigte sich nach den Verkehrsmassnahmen im Bahnhofgebiet. Herr Bohnenblust hat dazu bereits gesagt, dass Einsparungen eingereicht wurden.

Zur Frage nach den Velostreifen auf der Brücke: Wieso hören diese auf der Brücke auf? Tatsächlich liegen dem Entscheid, auf der Brücke auf Velostreifen zu verzichten, auch Überlegungen von Fachverbänden zugrunde. Ein Velostreifen signalisiert den Autofahrenden, dass der Veloverkehr geradeaus fährt. Beidseits der Brücke bestehen für den Veloverkehr jedoch Abbiegebeziehungen nach links, was bedeutet, dass die Fahrbahn überquert werden muss. Genügend Platz für einen Mittelstreifen und eine Abzweigeilfe ist auf der Brücke nicht vorhanden. Entweder gibt es eine Mittelhilfe oder Radstreifen. Mit dem Mittelstreifen fahren die Leute früh genug in die Mitte und haben genügend Platz zum Abbiegen. Die Velofahrenden biegen oft zu spät ab, was zu schwierigen Situationen führen kann.

Herr Bohnenblust, die einspurige Verkehrsführung bleibt während der gesamten Bauzeit in Richtung von Süd nach Nord offen. Die Verkehrsführung von Nord nach Süd ist im vorliegenden Bericht des Gemeinderats beschrieben. Die Hinweise des BOV wurden diskutiert und waren Grundlage für das nun vorgeschlagene Vorgehen.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung zu den vorliegenden Geschäften.

Wiher Max, GLP: Die Argumentation der Baudirektorin hat mich gar nicht überzeugt. Auf dem Plan ist ersichtlich, dass auf der Neumarktstrasse Mittelstreifen und Velostreifen vorhanden sind. Auf der Brücke ist dann nur noch der Mittelstreifen vorhanden. Warum werden nicht alle Streifen auf der Brücke weitergezogen? Auf der Strasse hat alles Platz, wieso nicht auf der Brücke mit derselben Breite? Die Stadt Biel ist für die schlechten Bedingungen der Velofahrenden bekannt. (*Zwischenrufe*) Im Vergleich zu anderen Städten gibt es in Biel viele Unfälle zwischen Velos und Autos. Es herrscht Nachholbedarf. Die Stadt will den Langsamverkehr fördern. Jetzt kann dies an einem konkreten Fall umgesetzt werden. Entschuldigung, aber die Gründe von der Baudirektorin sind nicht ausreichend.

Ordnungsantrag

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich stelle den Ordnungsantrag, heute über alle drei vorliegenden Geschäfte abzustimmen.

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Ordnungsantrag

Wiederkehr Martin, SP: Ich stelle den Antrag, jetzt über alle drei Geschäfte zusammen abzustimmen.

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Abstimmungen

Neumarktstrasse / Erneuerung der Brücke über den Schüsskanal / Verpflichtungskredit

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019, gestützt auf Art. 39 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Erneuerung der Brücke Neumarktstrasse über den Schüsskanal wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'750'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

Neumarktstrasse (Oberer Quai Süd – Alexander-Schöni-Strasse) / Werkleitungserneuerungen und Strassengestaltung / Verpflichtungskredit

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019, gestützt auf Art. 39, Absatz 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Kanalisationserneuerung und die Strassengestaltung der Neumarktstrasse (Oberer Quai Süd – Alexander-Schöni-Strasse), inklusive Umbau Bushaltestelle «Diamantstrasse» gemäss Behindertengleichstellungsgesetz, wird ein Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 1'130'000 bewilligt, beinhaltend einen Verpflichtungskredit Nr. 56000.0392 von CHF 780'000.00 zulasten der Verwaltungsrechnung und einen Verpflichtungskredit Nr. 95710.0103 von CHF 350'000.00 zulasten der Sonderrechnung Abwasseranlagen.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.

3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

Neumarktstrasse, Gesamterneuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Oberer Quai / Verpflichtungskredit

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt «Neumarktstrasse / Gesamterneuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Oberer Quai / Verpflichtungskredit» wird ein Verpflichtungskredit von CHF 516'000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Damit schliesse ich die Sitzung für heute.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:04 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane